Nr. 82. 45. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Montag, 14. Februar 1916

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Stellungen bei Tahure und Oberſept erſtürmt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. Februar.

Weſtlicher Kriegsſchauplatz.

Die lebhaften Artilleriekämpfe dauerten auf einem großen Teile der Front an. Der Feind richtete nachts ſein Feuer wieder auf Lens und Liévin.

Südlich der Somme entwickelten ſich heftige Kämpfe um einen vorſpringenden erweiterten Sappenkopf unſerer Stellung. Wir gaben den umfaſſenden Angriffen ausgeſetzten Graben auf.

In der Champagne wurden zwei feindliche Gegenangriffe ſüdlich von Ste. Marie-à-Py glatt abgewieſen. Nordweſtlich von Tahure entriſſen wir den Franzoſen im Sturm über 700 Meter ihrer Stellung. Der Feind ließ 7 Offiziere, 300 Mann gefangen in unſerer Hand und büßte 3 Maſchinengewehre, 5 Minenwerfer ein. Die Handgranatenkämpfe öſtlich von Maiſons de Champagne ſind zum Stillſtand gekommen.

Südlich von Luſſe (öſtlich von St. Dié) zerſtörten wir durch eine Sprengung einen Teil der feindlichen Stellung.

Bei Oberſept (nahe der franzöſiſchen Grenze, nordweſtlich von Pfirt) nahmen unſere Truppen die franzöſiſchen Gräben in einer Ausdehnung von etwa 400 Meter und wieſen nächtliche Gegenangriffe ab. Einige Dutzend Gefangene, 2 Maſchinengewehre und 3 Minenwerfer ſind in unſere Hand gefallen.

Die deutſchen Flugzeuggeſchwader griffen Bahnanlagen und Truppenlager des Feindes auf dem nördlichen Teile der Front an.

Oeſtlicher Kriegsſchauplatz.

Abgeſehen von einigen für uns erfolgreichen Patrouillengefechten hat ſich nichts von Bedeutung ereignet.

Balkankriegsſchauplatz.

Die Lage iſt unverändert.

Oberſte Heeresleitung. (W. T. B.)

Die Einigung in der „Luſitania"-Frage.

Die amerikaniſche Preſſe hat bekanntlich ſchon ſeit einigen Tagen eingehende Mitteilungen über die Beilegung des „Luſitania"-Streitfalles gebracht. Dieſe Meldungen dürften den Tatſachen inſoweit ſprechen, als eine Einigung in der Hauptſache erzielt worden iſt. Die Standpunkte der beiden Regierungen ſind einander genähert. Dabei darf als ſelbſtverſtändlich angenommen werden, daß von deutſcher Seite die Grenze der Zugeſtändniſſe dort liegen hat, wo ſie vom Reichskanzler in der Unterredung mit Herrn Gerard gezogen wurde. Bis zu einer feſten Formulierung wird aber einige Zeit vergehen.

„Admiral Charner" oder „Suffren"?

Paris, 13. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Amtlich. **Das Marineminiſterium iſt beunruhigt über das Schickſal des Panzerkreuzers „Amiral Charner", der an der Küſte Syriens kreuzt und ſeit dem 8. Februar keine Nachrichten gegeben hat, einem Datum, dem nach einem deutſchen Telegramm ein Unterſeeboot das franzöſiſches Kriegsſchiff verſenkt haben ſoll.**

Paris, 13. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Nach einem deutſchen Funkſpruch meldet, ein deutſches Unterſeeboot habe am 8. Februar das franzöſiſche Panzerſchiff „Suffren" an der ſyriſchen Küſte verſenkt. — Wie „Temps" meldet, befindet ſich „Suffren" gegenwärtig in Toulon.

*

Das Linienſchiff „Amiral Charner" iſt ſechs Jahre alt als die „Suffren". 1893 vom Stapel gelaufen, verdrängt 11 300 Tonnen, war armiert mit zwei 19,4-Zentimeter-, 14-Zentimeter, vier 6,5-Zentimeter- und vier 4,7 Zentimeter-Geſchützen. Die Geſchwindigkeit belief ſich auf 18,4 Knoten. Der Beſatzungsetat betrug 375 Köpfe. Zur Verteidigung vor den Dardanellen hielt man es wohl für brauchbar. Beſtätigt ſich die Nachricht, daß ſie bei der Torpedierung von ſeiten eines unſerer U-Boote nicht um die „Suffren", ſondern um „Admiral Charner" handelt, ſo erklärt ſich auch beſſer das überaus raſche Sinken — in 3 Minuten — des Schiffs. Die Schotteneinteilung eines 15 alten Fahrzeugs konnte natürlich keinerlei Widerſtand gegen die Exploſionskraft eines neuzeitlichen deutſchen Torpedos bieten. Ihr vermochten bereits weit modernere Schlachtſchiffe nicht ſtandzuhalten!

Der Vorſtoß der Abgeordnetenhaus-Kommiſſion und die bayeriſche Preſſe.

(Telegramm unſeres Korreſpondenten.)

□ **München,** 14. Februar.

Ueber den Uebergriff der Staatshaushaltskommiſſion des preußiſchen Abgeordnetenhauſes auf die Rechte der Reichsverfaſſung erregt in Süddeutſchland Mißfallen und Beunruhigung. So weiſt die „Münchener Poſt" darauf hin, daß das Hauptvorgehen der bayeriſchen Sozialdemokratie, auf die Bildung des Preußens zu einem Partikularismus gegenüber dem Reiche und den anderen Bundesſtaaten hin. Sie ſagt u. a., die Veröffentlichung des Kommiſſionsbeſchluſſes ſei zweifellos eine Demonſtration, daß das preußiſche Abgeordnetenhaus nicht beauftragt ſei, und hebt einen Moment hervor, das in Bayern eine beſondere Rolle ſpiele: daß es mit demſelben Recht wie das preußiſche Abgeordnetenhaus auch der bayeriſche Landtag — er iſt jetzt verſammelt, und aus dem Schoße Bayerns im Bundesratsausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten könnte vielleicht ein beſonderes Recht der Einmiſchung geltend machen —, der ſächſiſche, der württembergiſche und die anderen Landtage über die auswärtige Politik des Reichs beraten könnten. Aber ſo wenig man natürlich der Meinung ſei, daß die geſchichtliche Entwicklung vor Verfaſſungsurkunden Halt machen werde, ſo ſehr wünſche man die Zuſtändigkeit des Reiches nicht zugunſten der Einzelſtaaten oder gar der einzelſtaatlichen Landtage, gemindert zu ſehen.

Der Torpedobootsvorſtoß nach der Doggerbank.

Die engliſchen Berichte über den jüngſten Erfolg der deutſchen Torpedoboote auf der Doggerbank ſind vor allem darauf berechnet, die verſenkten Schiffe als wenig wertvoll hinzuſtellen. Demgegenüber kann mitgeteilt werden, daß es ſich dabei um ganz neueengliſche Schiffe handelte, die für den Minen- und Luftabwehrdienſt gebaut worden ſind. Sie ſind im Typ der kleinen Kreuzer gehalten, fahren 16 Seemeilen und haben eine Beſatzung von 78 Mann. Sie waren erſt ſeit Januar in Dienſt.

Das Programm der Duma.

(Telegramm unſeres Korreſpondenten.)

b. Stockholm, 14. Februar.

In der Sitzung des Seniorenkonvents am Dienstag berichtete der Dumapräſident Rodzjanko über Stürmers Beſuch, der einen Tag zuvor bei Rodzjanko ſtattgefunden hatte. Die „Rjetſch" erinnerte daran, daß das „Nowoje Wremja" abſichtlich den Sachverhalt verdrehte, indem es ſagte, daß Rodzjanko Stürmer beſucht und der Dumapräſident dabei Stürmers Wünſchen nachgegeben hätte, was alle Dumamitglieder, die Rodzjanko ſo viel Vertrauen entgegengebracht hätten, verſtimmte. Rodzjanko betonte, daß Stürmer in ſehr entgegenkommender Weiſe die Duma behandele. Er ſei ferner auch von Stürmers Loyalität der Duma gegenüber völlig überzeugt. Beim Beſuche einigten ſich beide bezüglich der Feſtſetzung des Termines für die Einberufung der Duma. Rodzjanko ſchlug den 18. Februar vor, Stürmer dagegen den 1. März. Die Senioren entwarfen darauf in allgemeinen Umriſſen das Programm der Sitzungen, die der Regierung einen Strich durch die Rechnung machen ſollten. Die Duma wird ſich nämlich nicht einſchüchtern laſſen, und nicht zuerſt die Budgetfrage behandeln, um ſich dann, bei den Debatten über die Forderungen des fortſchrittlichen Blockes, von der Regierung einfach nach Hauſe ſchicken zu laſſen. Daher wollen die Senioren, daß die erſten Sitzungen als Fortſetzungen der letzten, plötzlich aufgehobenen Dumaſitzungen gedacht werden. Und da die dazwiſchen liegende Zeit ſehr beträchtlich geweſen war, ſolle die erſte Sitzungswoche nicht, wie die Regierung wünſcht, ſich mit der Budgetfrage befaſſen, ſondern der allgemeinen politiſchen Lage gewidmet ſein. Zuerſt ſolle Stürmer, und nicht wie urſprünglich geplant, Saſonow, ſeinen künftigen politiſchen Kurs dalegen. Erſt dann ſolle Saſonow das Wort ergreifen, und die ſich danach vollziehende Debatte und Kritik ſolle drei bis vier Tage in Anſpruch nehmen. Die übrigen drei Tage ſollten der Beſprechung der in der Duma vorgeſchlagenen wichtigen „Kriegsgeſetze" dienen. Dazu kämen noch die, inzwiſchen von der Regierung durchgeführten, ungefähr 700 Geſetze, die einer Reviſion unterzogen werden ſollten. Auch während der Budgetdebatte ſollten zur Abwechſlung wöchentlich ein bis zwei Sitzungen eingeſchoben werden, die ſich ausſchließlich mit der Geſetzentwurfsdebatte befaßten. Der Reſt des Seniorenbeſchluſſes iſt in den „Birſchewyja Wjedomoſti" von der Zenſur geſtrichen.

Das Gerücht von Kokowzows Wiedereintritt ins Kabinett iſt von ihr dementiert und ſogar ſein Beſuch beim Zaren in Abrede geſtellt worden. Die „Rjetſch" gibt an, Stürmer würde zum Vorſitzenden des Finanzkomitees nach Goremykin ernannt werden. In bureaukratiſchen Kreiſen dementiert man den „Ruſſkija Wjedomoſti" zuſolge die Gerüchte, welche ſich auf die Uebernahme irgendeines Miniſterpoſtens durch Stürmer beziehen. Ganz im Gegenteil beabſichtige er nur als Premierminiſter tätig zu ſein.

Ruſſiſche Bomben auf Czernowitz.

Telegramm unſeres Spezialkorreſpondenten

Aage Madelung.

△ **Czernowitz,** 11. Februar.

Es iſt eine Woche lang nebliges Wetter geweſen, und weder Artillerie noch Flieger haben arbeiten können. Heute wache ich früh auf, die Sonne ſieht voll in mein Zimmer hinein. Ich ſage mir ſofort, heute kommt er, der ruſſiſche Flieger, vielleicht zwei. Irgendwo werden die Bomben einſchlagen. Ich bin nach Czernowitz gekommen, um Berichte zu ſchreiben und Fliegerbomben zu ſehen. Selbſt wenn ſie in mein Zimmer einſchlagen ſollten, ſehen möchte ich ſie doch. Mein Erfolg aber war bisher nicht nennenswert. So ſitze ich heute wie geſtern an meinem Schreibtiſch. Es wäre viel ſchöner draußen in der Sonne. Trotzdem ſchreibe ich pflichtbewußt weiter. Da — um halb zwölf, mitten in den Sonnenſchein hinein, fällt ein Kanonenſchuß! Noch einer. Mehrere nacheinander! Alſo da iſt er! Ich ſchaue durch das Fenſter hinaus: die Bewohner des Nachbarhauſes, und die Leute auf der Straße, alle ſchauen wir zum Himmel empor. Gar nichts iſt zu ſehen, und alles iſt ſtill. „Da iſt er!" ruft man unten auf der Straße, und einige fangen an zu laufen. So vergehen einige Minuten in Erwartung des Ereigniſſes. Weder höre noch ſehe ich etwas und ſchließe das Fenſter, um hinunterzugehen und beſſeren Ausblick zu haben. Iſt er ſchon weg, da nicht mehr geſchoſſen wird und unſer Kampfflieger nicht aufbrummt?

Mit einem Mal kracht es wahnſinnig ganz in der Nähe. Die Fenſterrahmen ſpringen mit klirrenden Scheiben in den Fugen, als wollten auch ſie in die Luft gehen. Ich begebe mich etwas nachdenklich geſtimmt hinab. „Abwarten", ſagt der Portier unten, „dort drüben iſt die Bombe gefallen; ſobald ſie drüben eine Niederlage haben, ſchmeißen ſie immer Bomben. Ich wohne nebenan, will aber abwarten, bevor ich hinübergehe, er wird noch ein paar herunterſchmeißen." So ſpricht der Portier auf der Straße. Aber niemand kümmert ſich um die noch zu erwartenden Bomben. Wenn man den eierwerfenden Kuckuck über ſich ſieht, iſt es noch Zeit, ſich zu ſalvieren, denn man hat allmählich Uebung darin bekommen. Bisher wurde niemand verletzt, keine Katze. In die Richtung, wo es eingeſchlagen hat, laufen ſchon Neugierige hin, die Straße vor dem Hauſe iſt ſchon ſchwarz von Zuſchauern. „Wo iſt es?" frage ich, als ich da bin. „Hier!" „Im Hinterhaus!" Durch das Tor gekommen, ſehe ich im Garten ein Haus; nur ſechsmal vier Meter groß; das Blechdach iſt vollſtändig abgeriſſen, ein Teil liegt ſchief angelehnt wie ein ſilbergrauer Zylinderhut neben dem Gartenhaus, ein Teil hängt in metergroßen Fetzen in den Baumkronen über dem Hauſe. Die Wände ſchweben beinahe frei im Raume, und im Innern ſieht es nicht viel beſſer aus. Die Decken ſind durchgeſchlagen und eingeſtürzt. Die Einrichtung ſcheint davongegangen zu ſein. „Wo ſind die Einwohner?" frage ich im Hauſe. „Eine Frau und ein Kind, ihnen iſt nichts geſchehen," lautet die Antwort. Ich ſchaue durch ein anderes von den zerſprungenen Fenſtern hinein in ein paar kleine Zimmer. In ihnen raucht es von Kalkſtaub, und einige billige Kleinigkeiten, wie ein paar braune Hirſche aus Pappe, ſind von ihrem Brettchen auf das Sofa heruntergehüpft. Das iſt alles. Hier hat ſich alſo die Frau nebſt ihrem Kinde aufgehalten. Weil ihnen nichts geſchehen iſt, ſind ſie noch immer da. Die Frau, nicht mehr jung und in kleinen Verhältniſſen lebend, trägt halb faſſungslos verſchiedene Gegenſtände der Einrichtung hin und her, als wüßte ſie nicht, was ſie mit den übriggebliebenen Sachen nun anfangen ſolle. Sie weint nicht, denn ſie hat vielleicht das Weinen verlernt. Auf alle die ihr geſtellten Fragen kann ſie nicht zuſammenhängend antworten. Ruhelos wirtſchaftet ſie umher, händeringend, obdachlos und noch ärmer als zuvor.

Und doch iſt ſie Frau geblieben. Die Bombe hat es ihr nicht nehmen können. Was meinen Sie, das nun folgt? Ich frage nämlich, ob ich ein Bild von ihr aufnehmen darf. Hätte ſie geantwortet: „Möge eine Bombe Sie treffen!" es hätte mich nicht gewundert. Aber weit entfernt, nicht das ſagte ſie. „Aufnehmen? So wie ich ausſehe? Da würde ich hübſch ausſehen!" Ich mußte ſie erſt verſchiedentlich überreden, bis ſie einwilligte. „Daß auch mein vierjähriger Junge dabei iſt!" Er iſt bei beſter Laune. Ihm kam die ganze Geſchichte ſehr beluſtigend vor. An und für ſich iſt ſie es auch. Da ſchlägt eine Fliegerbombe in ein einſtöckiges kleines Gartenhaus ein, und die Bewohner kommen heil davon. Ein Volltreffer aus der Luft, und keiner hat das Leben laſſen müſſen. In den großen umſiegenden Häuſern ſind alle Fenſterſcheiben gegen Oſten zu total eingeworfen. „Meine Mutter ſtand gerade da am Balkon, als es geſchah," erzählt einer. Niemand nimmt die

Bombenernst. Man hat sich daran gewöhnt; es ist ein richtiges Bombennest mit bombenfesten Bewohnern.

„Da ist wieder!" ruft man, und jetzt sehe ich ihn in etwa achthundert Meter Höhe kreisen. Ziemlich klein und unschuldig schaut er aus, nicht größer als meine Handfläche. Ich hätte gern gesehen, wie er sich benommen hätte, wenn er ein bißchen steil heruntergesaust und auf dem Pflaster am Ringplatz gelandet wäre. Denn wozu eigentlich in der den Russen so lieben Stadt Czernowitz Bomben? Sie können nicht das geringste Vergnügen davon haben und haben es auch nicht gehabt. Zwei russische Flieger waren heute hier, die drei Bomben abwarfen. Eine auf das Gartenhaus, eine in einen Garten und eine irgendwo draußen. Das Bombenloch im Garten habe ich besichtigt. Ein ganz kleines Loch in der Erde war es. Rund herum standen einige Knaben und Mädchen. Ein Junge arbeitet eifrig mit einer Hacke, um Sprengsplitter ans Licht zu schaffen. Er findet ein Eisenstück und wirft einen schnellen Blick auf das Ding. „Das ist der Griff," erklärt er sachlich und etwas gelangweilt. "Er hat recht, es war der Griff. Etwas gebogen, aber noch mit grünem Anstrich. Ja, der Junge kennt sich aus in Bomben. Er hat sie schon serienweise gesehen und macht sich nicht mehr viel daraus. Ich dagegen sehe sie heute zum erstenmal und leugne nicht, daß sie mich aufgeregt haben.

Die Rede des englischen Botschafters in Petersburg.

Peter Struves Antwort. — Rußlands Kapitalsnot.

Sir G. Buchanan, der englische Botschafter in Petersburg, hat, wie bekannt, jüngst eine Rede gehalten, in der er sich weniger über das wirtschaftliche Entgegenkommen Englands Rußland gegenüber verbreitet, als darüber, was England sich als Preis für die Verwirklichung dieser Annäherungsversuche erhofft. Der bekannte russische Publizist Peter Struve hat zu der Aeußerung des „auf einem verantwortlichen Posten stehenden Staatsmannes einer befreundeten und verbündeten Macht" Stellung genommen in einem Aufsatz der „Birschewija Wedomosti". Struve steht zunächst in den Worten bestätigt, was er schon früher — wohl befürchtend — selbst geäußert hat: daß nämlich die Grundmauern einer englisch-russischen wirtschaftlichen Annäherung auf politischen Boden gestellt seien. Dann fährt er fort:

„Eine solche Lösung der Frage trägt freilich in die Verwirklichung handelspolitischer Aufgaben ein gewisses Element des Unbestimmten und erschwert jedes Prophezeien. Denn tatsächlich knüpft sich auf diese Weise die Lösung wirtschaftlicher Probleme an das Ergebnis des Krieges, das gegenwärtig noch nicht vorausgesehen werden kann. Das ist unvermeidlich. Aber die Festlegung der Grundlinien der künftigen Wirtschaftspolitik der Großmächte im Zusammenhange mit diesem oder jenem Kriegsresultat dürfte sich schon jetzt als nützlich erweisen, namentlich im Hinblick auf eine sachliche Bewertung der ökonomischen Bedingungen, die die Großmächte sich gegenseitig anzubieten in der Lage sind.

Die handelspolitischen Beziehungen, die bis jetzt zwischen England und den anderen Großmächten bestanden, kennzeichnete die Eigentümlichkeit, daß England das einzige Land war, das mit der Anerkennung des Grundsatzes des Freihandels sich der Möglichkeit begab, über Zollkompensationen zu verfügen, die es anderen Staaten anbieten konnte. Das dürfte sich in der Zukunft ändern. Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß Großbritannien nach dem Kriege das von ihm seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Praxis befindliche System des Freihandels in bisherigem Umfange wird aufrechterhalten können.

Die Gründe für das Aufgeben seines handelspolitischen Systems ruhen auf der Basis der finanziellen Notwendigkeit. Sie drängt England auf jenen Weg, der vom kontinentalen Europa, von der transatlantischen angelsächsischen Republik und sogar von den autonomen Kolonien Englands selbst als der richtige erkannt worden ist.

Nach Beendigung des Krieges müssen fiskalische Rücksichten England dazu veranlassen, die Grenze zwischen „Finanzzöllen" und „Schutzzöllen" zu verwischen. Damit eröffnet sich aber für Großbritannien die Möglichkeit und die Notwendigkeit, mit anderen Staaten handelspolitische Vereinbarungen zu treffen. Das allein ist der Weg, der den wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Rußland und England bisher nicht erkennbare Ausblicke zu eröffnen vermag. Aber ganz unabhängig von solchem Gang handelspolitischer Entwicklung ist die Möglichkeit dafür gegeben, daß die wirtschaftliche Annäherung zwischen England und Rußland nicht nur auf eine Regelung des Warenaustausches beschränkt bleibt. Nicht weniger groß und aussichtsreich wäre für Rußland und England die Gemeinschaft, die sich auf eine Zuführung englischer Kapitalien nach Rußland stellte. Ein solches Kapitalsinteresse bedeutete zwar für Rußland nichts Neues, aber es könnte nach dieser Richtung von Englands Seite bedeutend mehr geschehen, als bisher geschehen ist. Ein richtiges und wohlerwogenes Programm einer englisch-russischen wirtschaftlichen Annäherung müßte sich also auf zwei Arten von Gegenseitigkeitsbeziehungen gründen: auf den Warenaustausch und den Kapitalsexport."

Das sagt Struve gleichsam als Antwort auf die Rede Sir G. Buchanans, der allerdings nicht von der Absicht, englisches Kapital nach Rußland zu tragen, sprach, dafür aber gewissen Erwartungen Worte gab, für die der weite und schwer zu deutende Ausdruck „Aktivität" als begriffliche Zusammenfassung gelten darf. Ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit England könne nicht gleichsam den Dingen anvertraut werden, es verlange rege und energische Betätigung auf persönlichem Gebiete. Darum fordert Englands Botschafter von Rußland Beweglichkeit und schöpferischen Geist, eine Betätigung ökonomischer und kultureller Natur. „Das setzt aber ein Bemühen voraus," schließt Struve seinen Aufsatz, der mehr nach Abwehr, als nach Zustimmung klingt.

Professor Tugan-Baranowski, einer der bedeutendsten Volkswirtschaftler Rußlands, hat in diesen Tagen die Aeußerung getan: „Das einzige Mittel, den Wohlstand Rußlands zu heben, liegt in der Mobilisierung der eigenen Kraft. Denn wir haben auch nicht die geringste Veranlassung anzunehmen, daß ausländisches Kapital uns dazu verhelfen will oder wird." Tugan-Baranowski geht also noch einen Schritt weiter als Struve. Er sieht die Zeit der schweren Not, warnt aber davor, den Retter dort zu suchen, wo er nicht zu finden ist.

Pogrom gegen die Juden von Minsk.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. Februar.

Das Judenunterstützungskomitee zu Petersburg erhob beim Gouverneur von Minsk Beschwerde wegen eines Pogroms, der vier Tage gedauert hat. Die Juden wurden innerhalb zwei bis drei Stunden aus ihren Wohnungen gewiesen, ohne daß für ihre Habe irgendwelche Vorsorge getroffen wurde. Die verlassenen Städte wurden von den Soldaten in kurzer Zeit in Trümmerhaufen verwandelt.

Zur Gefangennahme des türkischen Botschafters in Teheran durch die Russen.

Petersburg, 14. Februar. (W. T. B.)

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Teheran: Die russische Regierung hat bestimmt, daß der türkische Botschafter in Persien, der mit Oesterreichern, die mit ihm jagten, durch eine russische Patrouille bei Keredje gefangen genommen wurde, nach Baku und von dort durch Rußland nach der Türkei geschafft werden soll. Der österreichisch-ungarische Militärattaché und die übrigen Festgenommenen werden als Kriegsgefangene nach Rußland gesandt werden.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 13. Februar. (W. T. B.)

Amtlicher russischer Bericht. Westfront: Im Abschnitt Riga, in der Gegend von Olai und Bersenünde lebhafter Artilleriekampf. Unsere Artillerie rief beim Feinde in der Nähe von Efer (4 Kilometer südwestlich Uezkül) eine Explosion hervor. In der Nähe von Jakobstadt versuchten deutsche Abteilungen sich unseren Gräben westlich Ilwenhof zu nähern. Doch warfen unsere Abteilungen sie durch Gegenangriff zurück. Im Abschnitt von Dünaburg war das Gewehrfeuer am lebhaftesten bei Illuxt, wo die Deutschen Handgranaten mit giftigen Gasen warfen. Der Versuch der Deutschen, das Dorf Garbunowka, das wir soeben weggenommen hatten, zu umzingeln, wurde durch unser Kreuzfeuer abgewiesen. — Schwarzes Meer: Am 11. Februar zerstörten unsere Torpedoboote durch Artilleriefeuer feste Brücken in der Küstengegend und versenkten acht Segelschiffe. — Kaukasus: In den Kämpfen in der Gegend von Erzerum überwinden unsere Truppen in tiefem Schnee und bei einer Kälte von mehr als 25 Grad unzugängliche Engpässe und rücken weiter vor. Sie machten einige Dutzend Offiziere und über siebenhundert Askaris zu Gefangenen und erbeuteten auch sieben Kanonen, Maschinengewehre, Munitionswagen und Munitionsvorräte; außerdem nahmen wir dem Feinde mehr als tausend Stück Vieh fort. In einem Fort des festen Platzes Erzerum entstand nach unserer Beschießung eine heftige Explosion. Unsere Truppen warfen die Türken aus ihren Stellungen in der Gegend von Chnyskala (Chinis) und besetzten nach Kampf die Stadt Gop. — Persien: In der Gegend von Hamadan besetzten wir die Stadt Doveletabad (80 Kilometer südöstlich Hamadan).

Der Bericht der französischen Heeresleitung.

(Telegramm.)

Paris, 14. Februar. (W. T. B.)

Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag:

Nördlich von Vic-sur-Aisne zerstreute unsere Artillerie einige feindliche Gruppen, die gegen unsere Drahtverhaue vorgingen. Nordöstlich von Soissons konnten die Deutschen infolge eines Bombardements unseren Schützengraben in der Nähe der Straße nach Crouy erreichen. Ein Gegengriff warf sie alsbald wieder zurück. Der Feind ließ Tote auf dem Gelände. Auch machten wir einige Gefangene, darunter einen Offizier. In der Champagne, in der Gegend nordöstlich der Butte-du-Mesnil richteten die Deutschen gestern am Ende des Tages und im Laufe der Nacht fünf Gegenangriffe hintereinander gegen die von uns vorher genommenen Schützengräben. Alle Versuche wurden abgewiesen. In Lothringen Tätigkeit der beiden Artillerien in dem Abschnitt von Reillon und im Walde von Parroy. In derselben Gegend wurden mehrere feindliche Erkundungsabteilungen durch unser Feuer zerstreut.

Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Artois war der Tag bemerkenswert durch eine Reihe von deutschen Angriffen von der Höhe 140 bis zur Straße von Neuville nach La Folie. Am Morgen war der erste Versuch westlich von der Höhe 140 vergeblich. Am Nachmittag griff der Feind nach einer heftigen Beschießung unserer Stellungen vier verschiedene Punkte unserer Front an. Drei von diesen Angriffen wurden durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie glatt angehalten. Im Laufe des vierten gelang es dem Feinde, in unseren Graben in der ersten Linie westlich von der Höhe 140 einzudringen. Er wurde durch einen sofortigen Gegenangriff, der ihm merkliche Verluste an Toten und Verwundeten beibrachte, daraus wieder vertrieben. Ein deutsches Flugzeug, das von unseren Batterien getroffen wurde, fiel bei Flammes, östlich von Givenchy herab. Südlich von Frise scheiterte ein Handgranatenangriff auf unsere Werke. Oestlich von der Oise haben wir die feindlichen Verschanzungen vor Fontenoy beschossen. Zwischen Soissons und Reims war die deutsche Artillerie besonders tätig in den Abschnitten von Soissons, Chassemy und Pompelle. Unser Sperrfeuer hielt die Tätigkeit der Infanterie während der Vorbereitung nieder. In der Champagne haben wir während eines Einzelgefechts zwischen der Straße von Navarin und der von St. Souplet Gefangene gemacht. Oestlich von der Straße von Tahure nach Somme-Py hat der Feind in einigen Teilen unserer vorgeschobenen Gräben Fuß gefaßt. In den Argonnen vernichtendes Feuer auf die feindlichen Verschanzungen nördlich von Four de Paris. Im Oberelsaß wurde ein feindlicher Angriff östlich von Seppois durch das Feuer unserer Artillerie angehalten.

Belgischer Bericht: Sehr heftige Artillerietätigkeit im Abschnitt von Dixmuiden und an dem Teil der Front, der sich nördlich von dieser Stadt ausdehnt. Zur Vergeltung für die von deutschen Flugzeugen in den letzten Tagen ausgeführte Beschießung von Orten, die von Zivilbevölkerung bewohnt sind, haben unsere Flieger während der letzten Nacht mit Erfolg den Flugplatz von Ghistelles angegriffen und dort einen Brand hervorgerufen.

Kleine Komödie.

Theatergeschichten aus der Geschichte der Wiener Theater.

Von [Nachdruck verboten.]

Felix Salten (Wien).

Seit etlichen Monaten spielt diese Komödie hinter den Kulissen des Deutschen Volkstheaters. Zum sehr geringen Ergötzen all der erfahrenen Leute, denen jede Komödie hinter den Kulissen zuwider ist. Zum aufrichtigen Verdruß des Wiener Publikums, daß jetzt ernstere Dinge im Kopfe hat und dem der gegenwärtige Zeitpunkt für Theaterkrisen verdammt schlecht gewählt erscheint.

Aber die paar Schauspieler, von denen der ganze Lärm ausgegangen ist, hielten ihren Feldzug gegen den Direktor Weiße offenbar für so sehr wichtig, daß sie sich durch den großen europäischen Krieg in ihrer privaten Angriffslust nicht stören ließen. So haben sie uns einen regelrechten Theaterskandal aufgezwungen. Und was ihnen bei ihrem Wirken auf offener Szene meistens versagt geblieben ist, war nun ihren Bemühungen hinter den Kulissen beschieden: der große Erfolg.

Herr Direktor Weiße hat die Führung des Deutschen Volkstheaters niedergelegt und macht einem neuen Direktor Platz. Wenn diese Spielzeit zu Ende ist, verläßt er das Haus, in welchem er einst, am Eröffnungstag, das erste Wort gesprochen hat und darin er sechsundzwanzig Jahre lang als Schauspieler wie als Bühnenleiter tätig gewesen ist. Manches ließe sich darüber sagen. Vor allem, daß Herr Weiße viel zu wenig griffen und viel zu unbeholfen war, um den Kampf zu bestehen. Ferner, daß die Behandlung, die er jetzt erfährt, ihm viele Sympathien zugewendet hat. Allein er geht. Die Zitter ist entzwei, an der ist nichts zu halten.

Die kleine Komödie ist aber darum noch lange nicht zu Ende. Aus den vielen Theatergeschichten, die dabei zutage kamen, lernte man endlich die Geschichte eines Theaters kennen, da uns bisher immer in rosenroter bengalischer Beleuchtung gezeigt wurde, das aber jetzt so ziemlich entgarbert dasteht.

Herr Weiße und die Schauspieler, die ihn zur Strecke bringen durften, sind nur vorübergehende und jetzt schon erledigte Episodenfiguren. Die Hauptdarsteller der Komödie sind die Mitglieder des Deutschen Volkstheater-Vereins, besonders aber ihr Ausschuß und ihr Präsidium. Höhere Beamte, namhafte Architekten, Großindustrielle. Lauter hochangesehene Bürger.

Natürlich kunstsinnige Wiener Bürger. Und man wird ihnen nicht bestreiten, daß sie die besten Absichten haben. Vor sechsundzwanzig Jahren schlossen sie sich zusammen und gründeten ihren Verein. Und der Verein erbaute dann das Deutsche Volkstheater. Damals war die „Burg" das einzige Schauspielhaus in Wien. Heinrich Laubes Stadttheater war verkracht und zuletzt abgebrannt. Gab es irgendeinmal ein Stück, das die „Burg" nicht bringen konnte, das man aber doch gerne sehen wollte, dann wurde es auf einer Operettenbühne von rasch zusammengetrommelten Schauspielern dargestellt. Anzengruber fand für seine Dramen nirgendwo eine dauernde Unterkunft. Diesem erbärmlichen Zustand machte der neue Verein mit seinem neuen Theater ein Ende.

Man jubelte laut. Man feierte die kunstsinnigen, hochherzigen, opferwilligen Wiener Bürger. Und man hat sie sechsundzwanzig Jahre lang wegen ihres Kunstsinnes und wegen ihrer Opferwilligkeit gefeiert. Ihrerseits haben die braven Leute in ihren Vereinsversammlungen sehr viel von Kunst geredet, haben den Direktor abgefanzelt, wenn er zu viel leichte Marktware bot, haben ihn mit allerlei idealen Forderungen bestürmt und sich darauf berufen, sie hätten der „edeln dramatischen Muse" eine „Heimstätte" geschaffen. Sie sind sehr streng und sehr beredsam gewesen, diese Mäzene.

Da sie nun einmal den großen Nimbus hatten, nahm man dies alles ohne genauere Betrachtung willig und gläubig hin. Leider Gottes. Denn genauer besehen, war diese ganze Sache ein Unsinn.

Das Grundstück, hart an der Ringstraße, hatte der Verein vom Kaiser zum Geschenk erhalten. Ein paar Hundert reiche Leute hatten je fünfhundert oder tausend Gulden (einzelne, die sehr reich waren, auch mehrere Tausend Gulden) für die Baukosten hergegeben. Das war gewiß verdienstlich, aber da niemand von den Herrschaften wirklich etwas riskierte und jeder nur so viel gab, als er schlimmstenfalls willigkeit" solch ein Wesen herzumachen.

Die neue „Heimstätte" für die „edle dramatische Muse" wurde an einen Pächter vermietet. Um einen Betrag, der so groß war, daß er eine anständige Verzinsung des aufgewendeten Kapitals verbürgte.

Der Pächter muß natürlich auch dafür sorgen, daß die Stücke, die der kaiserlichen Pracht des Burgtheaters darf er sich selbstverständlich nicht lumpen lassen. Aber alle Dekorationen, Möbel, Waffen, Teppiche, Kostüme, die er kauft, werden automatisch und ohne jedes Entgelt sogleich . . . Eigentum des Vereins.

Neue Theatermaschinen, Beleuchtungsanlagen, die mit der Zeit notwendig werden, muß der Direktor bezahlen. Aber sie gehören dann dem Verein. Die Bühne, die verpfuscht war, erfordert endlich auf Kosten des Direktors.

Hat der Direktor ein Zugstück, dann kann er es nicht ausnützen. Serienaufführungen sind ihm verboten. Er ist an einen wechselnden Spielplan gebunden. Und drängt sich das große Publikum an die Kassen, so daß er aus den Vorkaufsgebühren einen Gewinn erzielen könnte, dann wird ihm auch diese Möglichkeit gemindert, weil die Vereinsmitglieder ein Vorkaufsrecht für ihre Plätze haben, das sie gebührenfrei ausüben.

So wird das Deutsche Volkstheater trotz aller hochtönenden Programmreden von Anfang an eine Geschäftsbühne. Kann gar nichts anderes werden. Wenn ein Direktor an die dreitausendvierhundert Kronen Tageskosten hat, aber nur auf eine geringere Durchschnittseinnahme rechnen darf, dann muß er sich, um aufrecht zu bleiben auf allerlei kleine Künste verstehen, für die große Kunst hat er nur wenig Zeit. Im Laufe der Jahre wurden dann in Wien vier neue, große Theater gebaut, drei weitere, neue Schauspielhäuser kamen außerdem noch hinzu, die Hochkonjunktur der Operette begann, die Mode des Kabaretts zog viel Publikum an sich, das Kino übte seinen Einfluß auf die Massen. Alledem sahen die wackeren Bürger mit einer durch nichts zu trübenden Gelassenheit zu.

Was jeder von ihnen einst für den Bau des Deutschen Volkstheaters gespendet hatte, das war ja für keinen ein wirkliches Opfer gewesen. Wär's verloren gegangen, sie hätten es alle verschmerzt. Auch wollten sie ja gewiß nicht in gewinnsüchtiger Weise mit diesem Geld spekulieren, sondern sie gaben es als Scherflein für das künstlerische Gemeinwohl ihrer Vaterstadt. Aber die gemeinnützige Tat ist ihnen zum guten Geschäft geworden. Das Scherflein hat sich sechsundzwanzig Jahre lang so trefflich verzinst, daß es heute längst schon amortisiert erscheint.

Die Herrschaften besitzen heute ein von allen drückenden Lasten freies Theater. Eine Bühne, deren technische Einrichtung sie keinen Kreuzer kostet, einen riesigen Bestand an Dekorationen, Möbeln, Waffen, Rüstungen und Kostümen, der unentgeltlich ihr Eigentum geworden ist. Dazu noch einen Vereinsreservefonds von sechsmalhunderttausend Kronen. Sie waren immer schon, sind jetzt natürlich mehr denn je in der Lage, der Stadt Wien ein künstlerisch unabhängiges Theater zu geben. Aber das ist ihnen noch nicht einmal im Schlaf eingefallen.

Daß sie, um ihres idealen Programms willen, den Baugrund seinerzeit vom Kaiser zum Geschenk erhielten, und daß ihnen auch daraus eine gewisse Verpflichtung erwächst, kommt ihnen nicht in den Sinn.

Wollte man ihnen erklären, sie hätten ihre Pächter all die Jahre her zu einer kunstwidrigen Jagd nach Erfolg gezwungen, sie wären beleidigt.

Man könnte ihnen sagen, daß in diese sechsundzwanzig Jahre die wichtigste Entwicklung des deutschen Dramas fällt und daß natürlich das Deutsche Volkstheater gerade während dieser Zeit unendlich viel für das Wiener Theaterleben hätte leisten können. Und man könnte ihnen beweisen, daß es ihre Schuld ist, wenn das Deutsche Volkstheater seine beste Aufgabe nicht erfüllt hat. Sie würden es nicht glauben.

Sie haben jetzt einen neuen Direktor gefunden, den dritten, der das Kummet all der Lasten und Pflichten auf sich nimmt. Die Vereinsmitglieder aber erhalten ihre Zinsen nach wie vor. Und wie bisher werden sie in begeisterten Reden für eine Kunstpflege schwärmen, die jemand anderes bezahlt. So geht nun die Komödie dieses Mäcenatentums, die schon sechsundzwanzig Jahre lang dauert, immer noch weiter. Jetzt aber fängt man im Publikum wenigstens an, die Sache zu begreifen und darüber zu lachen.

Der Reichstag und die Steuervorlagen.

Für die zu erwartenden Kriegssteuern und ihre Behandlung im Reichstage wird nicht immer in geschickter Weise Stimmung gemacht. Wieweit es sich hier um freiwillige Arbeiten oder um solche „im Auftrage" handelt, ist kaum festzustellen. Jedenfalls verdient es beachtet zu werden, wenn der nationalliberale Abgeordnete Kneath es für nötig hält, sich öffentlich gegen diese Art von Stimmungsmache zu wenden. Er warnt im „Deutschen Kurier" dringend vor einer „Durchpeitschung" der Vorlagen, indem er ausführt:

„Der Reichstag hat sich wahrhaftig nicht kleinlich erwiesen, als es sich darum handelte, der Regierung allgemeine Vollmachten für die Regelung der Kriegswirtschaft zu übertragen, und er hat sich freiwillig wichtiger verfassungsmäßiger Rechte für die Kriegszeit begeben. Aber so liegen die Dinge nun doch nicht, daß auch tief einschneidende Steuergesetzentwürfe der Regierung gewissermaßen unbesehen angenommen werden müßten. Man sage auch nicht, es handle sich dabei nur um Steuern provisorischen Charakters. Es ist ganz klar, daß diese provisorischen Steuern auch Festlegungen für die endgültige Regelung bedeuten werden. Die Kriegswirtschaft macht viele Maßregeln notwendig, die zahlreiche Zweige unserer Volkswirtschaft hart betreffen. Aber eben deshalb haben die betroffenen Wirtschaftskreise ein Recht darauf, wenigstens Steuervorlagen frühzeitig kennen zu lernen und ihre Wünsche und Gedanken äußern zu können. Der Reichstag ist es diesen Kreisen — und es wird sich dabei in irgendeiner Form nahezu um alle Volkskreise handeln — schuldig, die Vorlagen unter möglichst gerechter Würdigung der in der Oeffentlichen Erörterung in Erscheinung tretenden Wünsche und Einwendungen sorgfältig und eingehend durchzuberaten. Man sollte erwarten, daß solche Versuche, den Reichstag von seiner einheitlich und klar ausgesprochenen und durchaus berechtigten Auffassung abzubringen, endlich aufhören würden."

Wenn die Vorlagen, wie man erwarten darf, bald veröffentlicht werden, so wird schon dadurch eine Durchpeitschung unmöglich gemacht. Denn was in der Oeffentlichkeit eingehend besprochen worden, kann der Reichstag nicht kurz abtun; wozu im übrigen auch nicht der geringste Grund vorliegt.

Die Arbeitsverhältnisse der Straßenbahnschaffnerinnen.

Die Lohn- und Dienstverhältnisse der Straßenbahnschaffnerinnen hat der Deutsche Transportarbeiterverband zum Gegenstand einer Erhebung gemacht, die, wie die „Soz. Praxis" berichtet, 26 gemeindliche und 44 private Betriebe mit insgesamt 13 954 weiblichen Personen, darunter 2799 Ehefrauen der zum Kriegsdienst eingegenen Straßenbahnbediensteten umfaßt. Von diesen Personen sind 12 546 Schaffnerinnen, 9 Wagenführerinnen und 99 sonstige Hilfsarbeiterinnen.

Die Statistik, die im Oktober aufgenommen wurde, zeigt in der Entlohnung sehr große Unterschiede. Im Durchschnitt bewegen sich die Stundenlöhne zwischen 30 und 35 Pfennig. Es kommen aber auch Löhne von 26 Pfennig und solche von 47½ Pfennig vor. Die tägliche Arbeitszeit schwankt zwischen 5 und 11½ Stunden. Die durchschnittliche Dienstzeit beträgt in zehn Betrieben weniger als acht Stunden, in zwölf Betrieben acht Stunden, in elf Betrieben über acht bis neun Stunden, in 28 Betrieben über neun bis zehn Stunden und in sieben Betrieben mehr als zehn bis elfeinhalb Stunden. Für zwei Betriebe fehlen die Angaben. In den meisten Betrieben werden drei bis vier freie Tage monatlich gewährt. 25 Betriebe bezahlen auch die freien Tage entweder voll oder zum Teil. Die städtische Straßenbahn in Köln bezahlt zwar keine freien Tage, vergütet aber, wenn die Schaffnerin an einem ihr zustehenden freien Tage zum Dienst herangezogen wird, den Lohn mit 33 v. H. und an Sonntagen mit 50 v. H. Zuschlag. Einige Straßenbahnen gewähren ihren weiblichen Bediensteten und auch den männlichen eine Teuerungszulage. Die Dauer der Ausbildungszeit schwankt zwischen vier Tagen und vier Wochen. In Berlin dauert die Ausbildungszeit drei Tage. Die Auszubildenden erhalten für den Tag 1,80 Mark Lohn. In Kassel werden die Frauen sechs Tage lang geschult. Eine Entschädigung für diese Zeit wird den Ausgebildeten erst nach einem Vierteljahr in Höhe von zehn Mark ausgezahlt. Sie entfällt, wenn die Angestellten nicht so lange im Dienst verbleiben. In Dresden und Halle a. S. wird für die sechstägige Ausbildungszeit der volle Lohn gezahlt, jedoch erst nach vier Wochen. In Hannover erhalten die Schaffnerinnen während der 14tägigen Lernzeit je eine Mark Lohn für den Tag.

Die Bergische Kleinbahn in Elberfeld zahlt für die gleiche Dauer 12 Mark. In Posen wird für eine 10—14tägige Ausbildungszeit überhaupt kein Lohn vergütet.

Die Bezahlung der Schaffnerinnen ist, so wird weiter festgestellt, nur in den seltensten Fällen der Bezahlung ihrer männlichen Kollegen angepaßt. So zum Beispiel erhalten die Schaffnerinnen in Leipzig für besondere Fahrten 35, die Schaffner 75 Pfennig. Die Allgemeine deutsche Kleinbahn zahlt den Schaffnerinnen einen Monatslohn von 42,25 Mark bis 72,25 Mark, den Schaffnern dagegen ein Anfangsgehalt von 84,50 Mark.

Einschränkungen für die Jugend.

Der kommandierende General des stellvertretenden XXI. Armeekorps hat zugleich für das XVI. Armeekorps folgende Verordnung erlassen: Ich verbiete Jugendlichen (Personen unter 16 Jahren): 1. in der Oeffentlichkeit zu rauchen; 2. außerhalb der Wohnung in Abwesenheit der Eltern oder deren Vertreter alkoholische Getränke zu sich zu nehmen; 3. Wirtschaften und Konditoreien ohne Begleitung der Eltern oder Vertreter zu besuchen, falls es sich nicht um eine notwendige Einkehr zur Erfrischung oder Einnahme von Mahlzeiten handelt; 4. Schaustellungen, die unter dem Namen von Lichtspielhäusern, Spezialitätentheater, Variétés, Tingeltangel, Kabaretts, sowie Wirtschaften, in denen Sänger oder Sängerinnen auftreten, zu besuchen, es sei denn, daß die Schaustellung als Jugendvorstellung von der Ortspolizeibehörde geprüft und zugelassen ist; 5. auf öffentliche Straßen und Plätzen zwecklos nach Eintritt der Dunkelheit zu verweilen; 6. unrichtige Angaben über ihr Alter zu machen. Ich verbiete, Uebertretungen dieser Bestimmungen vorsätzlich oder fahrlässig durch Ueberlassung von Tabak und alkoholischen Getränken sowie Zulassung zum verbotenen Besuch von Wirtschaften, Konditoreien und Schaustellungen zu dulden oder sonstwie zu fördern. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9b es Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Deutsche Kriegsgefangene in Westindien.

Beauftragte der amerikanischen Regierung haben über die Lage der auf den Inseln von Britisch-Westindien internierten deutschen Kriegsgefangenen unter anderem folgendes berichtet:

Das Zivilkriegsgefangenenlager auf Barbados. Name des Lagers: Glendairy-Lager. Besichtigt am 12. Juli 1915. — Leitung: Das Lager ist innerhalb der Mauern des Kolonialstrafgefängnisses belegen, ist aber von dem letzteren vollständig getrennt, und es besteht auch zwischen den Lagergefangenen und den Strafgefangenen keinerlei Verbindung, außer daß ein Teil der Reinigungsarbeiten für das Lager von den Strafgefangenen verrichtet wird. Das Lagergrundstück ist von dem Gefängnis durch einen starken Stacheldrahtzaun getrennt. Für die Unterbringung der Gefangenen sind besondere Gebäude errichtet worden, das Lager untersteht der Aufsicht des Polizeiobersinspektors Clark. Erlaubnis zum Besuch des Lagers erteilt der Gouverneur der Kolonie oder auch der Lagerkommandant.

Anzahl der Gefangenen: Am Tage meines Besuches waren 53 Deutsche, 3 Oesterreicher und 4 Türken dort interniert; sämtliche Gefangene standen in militärpflichtigem Alter. Außer diesen Gefangenen stehen keine anderen Personen unter Ueberwachung.

Arbeit: Die Gefangenen brauchen nur für sich selbst zu arbeiten. Es ist ihnen ein Stück Land als Gemüsegarten zur Verfügung gestellt worden, der gerade angelegt war; die Sämereien dazu waren teilweise von der Regierung geliefert, teilweise von den Gefangenen selbst gekauft worden.

Wünsche der Gefangenen: Es wurde mir eine zwanglose Unterredung mit den Gefangenen gestattet, die während dieser Zeit vorgebrachten Klagen waren unerheblich. Es wurde weder über die Beköstigung, noch über die Schlafräume oder die sanitären Einrichtungen geklagt. Eine Klage bezog sich auf den Mangel an Platz für körperliche Bewegung, ein anderer klagte darüber, daß seine Post nach den Vereinigten Staaten über England geschickt worden sei. Allgemein wurde über den Mangel an Lesestoff geklagt. Es besteht eine allgemeine Verordnung, wonach es Kriegsgefangenen nicht erlaubt wird, Zeitungen zu lesen, die über kriegerische Operationen oder deren Fortschritt berichten. Sie dürfen aber eine Tageszeitung von Barbados lesen, in der die Kriegstelegramme wiedergegeben sind. Der Kommandant gibt sich alle Mühe, um den Kriegsgefangenen Lesestoff zu verschaffen, indem er in den Kreisen der Bevölkerung von Barbados Bücher und Zeitschriften für sie sammelt. Ich selbst habe alles hingeschickt, was ich an Zeitschriften aus der Zeit vor dem Kriege oder an späteren ohne Kriegsnachrichten besaß.

Bemerkungen: Das Lager liegt etwa 120 Fuß über dem Meeresspiegel nach Osten zu, von wo die Winde vorherrschend wehen. Da es am Rande eines steilen Abhanges liegt, schneidet die unterhalb des Lagers liegende Ostmauer des Gefängnisses die Seebrise nicht ab. Die Lage ist gesund, das Grundstück trocken, und es ist reichliche Versorgung mit Wasser vorhanden, in dessen Verbrauch den Gefangenen keine Beschränkung auferlegt wird.

Der englische Gesandte in Darmstadt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Darmstadt**, 14. Februar.

Wir haben bereits im Morgenblatt gemeldet, daß der bisherige englische Gesandte am hessischen Hofe, Acton, sein Eigentum jetzt aus Darmstadt wegbringen läßt. In der hessischen Zweiten Kammer fragten nun heute die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Osann und Köhler bei der Regierung an, ob das richtig sei und ob die Regierung bereit sei, alsbald und mit größter Beschleunigung Mittel zu ergreifen, um zu verhindern, daß das mobile Vermögen des englischen Gesandten jetzt aus Darmstadt verbracht werde.

Werbungen in Kapstadt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 14. Februar.

Reuter meldet aus Kapstadt: Die Anwerbungen für den Aufmarsch gegen Deutsch-Ostafrika haben jetzt zwei Wochen lang gedauert. In diesem Zeitraum haben sich mehr Leute angemeldet, als nötig sind.

Kleine politische Nachrichten.

* Die Nachricht, daß eine besondere Reichssteuer auf Kunstgegenstände aller Art geplant sei, ist bereits widerrufen worden. Ebenso wenig dürfte die Nachricht sich bewahrheiten, daß eine **Reichssteuer auf Juwelen** in Aussicht genommen ist. Wohl aber ist anzunehmen, daß die Kriegsgewinnsteuer, die in dieser, spätestens aber in der kommenden Woche dem Bundesrat unterbreitet werden soll, auch Bestimmungen enthalten wird, die denjenigen Vermögenszuwachs zu treffen geeignet sind, der, während des Krieges, etwa in Juwelen, Goldwaren und ähnlichen Kostbarkeiten angelegt worden ist.

* Die Verhandlungen im Reichsamt des Innern zwischen den beteiligten Organisationen im Baugewerbe über eine Verlängerung des Ende nächstens Monats ablaufenden Reichstarifvertrages sind bisher ergebnislos gewesen.

* Der sozialdemokratische Verein Breslau erklärte sich nach fünfstündiger Aussprache in einer längeren Resolution gegen die Kriegskreditverweigerer im Reichstage, und zwar 400 gegen 10 Stimmen. Von den beiden Breslauer Reichstagsabgeordneten wer Bauer-Berlin, der die Kredite bewilligt hatte, erschienen. Eduard Bernstein, der die Kredite abgelehnt hatte, war erkrankt. Er hatte schriftlich um eine Verschiebung der Aussprache ersucht, das war aber abgelehnt worden.

* Oberbürgermeister Veltman in Aachen, Mitglied des Herrenhauses, ist gestorben.

* Der Deutsch-Chinesische Verband hat eine neue Schrift „Deutschland und China nach dem Kriege" herausgegeben. (Verlag K. Curtius, Berlin). Sie enthält zwei Abhandlungen, eine von Paul Rohrbach über Deutschland und das chinesische Geistesleben und eine andere von W. v. Dewall über die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China.

* Ueber die „Oesterreichische Alpengrenze" hat Professor Dr. Penck-Berlin eine Broschüre veröffentlicht, die im Verlage J. Engelhorns Nachf.-Stuttgart erschienen ist.

* Unter dem Sammeltitel „Gewerkschaften" gibt Adolf Braun im Verlage der Leipziger Buchdruckerei eine Reihe von Aufsätzen heraus, die die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit während des Krieges behandeln.

Wieviel preußische Bahnhöfe gibt es? Unsere Eisenbahnen haben im Kriege Außerordentliches geleistet, draußen und in der Heimat. Wie umfangreich der Betrieb ist, beweist schon die Tatsache, daß allein die preußischen Eisenbahnen einen Wert von etwa zwanzig Milliarden Mark darstellen. Einen Maßstab für die Größe des Eisenbahnwesens gibt auch die Zahl der Bahnhöfe und Stationen. Stationen sind die Betriebsstellen, auf denen Züge des öffentlichen Verkehrs regelmäßig anhalten. Stationen mit mindestens einer Weiche für den öffentlichen Verkehr werden betriebstechnisch als Bahnhöfe, Stationen ohne solche Weichen als Haltepunkte bezeichnet. Die Bahnhöfe werden weiter unterschieden in solche 1., 2., 3. und 4. Klasse, je nach der Größe ihres

Richard Wagner in Berlin.

.. k. Gestern waren es 33 Jahre, daß Richard Wagner in Venedig gestorben ist; dem rührigen Verein für die Geschichte Berlins hat dieser Gedenktag eine günstige Gelegenheit, seine zahlreichen Mitglieder und Gäste, die sich im Bürgersaal des Rathauses versammelt hatten, mit einem gewiß nicht unwesentlichen Abschnitt aus dem Leben des großen Toten bekannt zu machen. Gymnasialprofessor Dr. Richard Sternfeld, der über das Thema: „Richard Wagner und Berlin" einen Vortrag hielt, schöpfte aus Briefen und Schriften des Meisters, aus seinen mannigfachen Erlebnissen und Enttäuschungen in Berlin eine Schilderung von dem, was Richard Wagner Berlin verdankt, und von dem, was die Hauptstadt damals dem Dichterkomponisten schuldig geblieben ist. Durch die sehr eingehenden Ausführungen des Redners, die vielen Neues brachte, lernte man auch erkennen, wie es zu jener Zeit um Kunst und Kunstverständnis in Berlin stand, um Geselligkeit und gesellschaftliches Leben.

Am 18. Mai 1836 war Wagner zum erstenmal in Berlin. Es liegen eine freundlichen Worte, die er in Briefen an Bekannte über seine Stadt findet, und ihr Freund ist er niemals geworden. Im Jahre 1842 kam er wieder nach Berlin, wo er zu Liszt in Beziehung stand. Im 1844 nach der ersten Aufführung des „Fliegenden Holländer" nahmen längeren Aufenthalt zu nehmen. Damals gewann er einen Freund, den feinsinnigen Professor Werder, der stets für ihn eintrat und eine begeisterte Freundin, die Vorleserin der späteren Kaiserin Augusta, Alwine Fromman, Tochter des bekannten Jenaer Verlegers, die dem Meister in seinen Beziehungen zum Hofe und zum Generalintendantur in unermüdlicher Treue und Hingebung die Wege ebnen half. 1847, nach der Aufführung des „Rienzi", lernte er den Intendanten Grafen Redern kennen, Ludwig Tieck, am letzten Sonntag. Er macht auf eigenartige Weise im Foyer der Oper Bekanntschaft mit dem Prinzen Wilhelm, wird der Prinzessin Augusta vorgestellt; aber seine Hoffnungen, sich mit dem „Lohengrin" in Berlin durchzusetzen, schlugen fehl.

Im Jahre 1856 führte Botho v. Hülsen den „Tannhäuser" und den „Lohengrin" auf. Als jedoch Wagner 1863 im Hause Hans v. Bülows in Berlin weilte, lehnte Herr v. Hülsen es ab, den Meister empfangen, und verweigerte ihm auch das königliche Orchester zu einem Konzert. Professor Sternfeld las den sehr bezeichnenden Brief, den der damalige Intendant an Hans v. Bülow gerichtet hat, vor, aber die deutliche Antwort Bülows, die er auf die Bitte des Briefes von Hülsen gesetzt, bekam man gestern nicht zu hören. Im Jahre 1870 wird Wagner durch Lothar Bucher bei Bismarck eingeführt und erwirbt sich in der Gattin des Hausministers, Gräfin Schleinitz, eine mächtige Freundin und Verehrerin. Wie sehr die politische Friktionen es verhindert haben, daß Bismarck sich für Wagner begeisterte, und daß das Deutsche Reich kein Geld für das Bayreuther Festspielhaus übrig hatte, ist ja bekannt. In den Jahren 1872, 1873, 1875 und 1876 war Wagner wiederholt in der Reichshauptstadt, in der er das glänzende Konzert für den Bayreuther Fonds dirigierte. Die königliche Kapelle allerdings wurde ihm auch 1873 verweigert, und so spielte er im Konzerthaus mit dem Wilsschen Orchester. Der Redner erörterte zum Schluß, wie Wagner sich endlich auch in Berlin durchgesetzt hat und welchen lebendigen Anteil die Wagner-Vereine daran gehabt, auf deren Entstehung und Verbreitung er genauer einging.

Zum Schluß gab Professor Sternfeld auf dem Flügel Proben Wagnerscher Kompositionen und spielte unter großem Beifall unter anderem auch das Albumblatt „Anruf an die schwarzen Schwäne", das Richard Wagner aus Dankbarkeit dafür, daß er in Paris im Hause der preußischen Gesandtschaft aufgenommen worden war, der Gräfin Pourtalès gewidmet hatte.

Die „durchkomponierte" Carmen. Albert Bassermann schreibt uns: „Zu Hartmanns Artikel über „Carmen" im Sonnabend-Abendblatt des „Berliner Tageblattes" hätte ich zu bemerken, daß wir schon Mitte der achtziger Jahre in Karlsruhe (unter Mottl) und in Mannheim (unter Röhs, wenn ich mich nicht irre) die „durchkomponierte" Carmen hatten. Während meiner Studienzeit in Straßburg (1886) hörte ich dann zu meinem Erstaunen im dortigen Stadttheater durch eine französische Truppe „Carmen" mit eingestreutem Dialog. Da ich keine Ahnung hatte, daß das die Pariser Urform war, kam mir die Sache etwas schmierenhaft vor. (Diese Bemerkung soll sich natürlich nicht auf die Aufführung im Charlottenburger Opernhaus beziehen. D. Red.) Sehr komisch wirkte es, wie Micaëla durch einen Führer in die Schmugglerschlucht gebracht wurde. Der Führer deutete mit einer Handbewegung auf den Schauplatz, sprach gelassen: „C'est ici!" und verschwand wieder in die Kulisse."

Theaterchronik. Der Zentralausschuß der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat zur Fürsorge für die durch den Krieg geschädigten Mitglieder der Genossenschaft die Gründung einer Beratungsstelle beschlossen, die den Kriegsbeschädigten bei der Erlangung einer Existenz behilflich sein soll. Als Grundstock hat Hermann Jadlowker tausend Mark gestiftet.

Im Deutschen Opernhause singen in der Dienstagaufführung von „Carmen" Fräulein Vilmar die Carmen, Herr Hansen den Don José und Fräulein Merz die Micaela.

Im Trianon-Theater ging der Schwank „Verheiratete Junggesellen" zum 50. Mal in Szene und fand den lebhaften Beifall des ausverkauften Hauses.

Cécile v. Tormay, deren Roman „Menschen unter Steinen" vor einiger Zeit im „Berliner Tageblatt" erschien, ist von der königlichen ungarischen Akademie der Wissenschaften der Petöfy-Preis verliehen worden.

Ein Kreuzesweg als Kriegsdenkmal. Aus Dresden schreibt unser Korrespondent: Die katholische Hofkirche in Dresden soll als Erinnerungszeichen an den Krieg einen Kreuzesweg erhalten. Auf Anregung des Prinzen Johann Georg trat eine Kommission zusammen, der u. a. folgende Künstler angehören: Geheimrat Professor Prell, Geh. Baurat Schmidt, Professor Wrba und Architekt Witte. Für die Aufstellung der vierzehn Bilder wurden die breiten Pfeiler des inneren Ganges zwischen Haupt- und Seitenschiffen gewählt. Auf Vorschlag des Prinzen Johann Georg ist die Ausführung dem Münchener Maler Franz Xaver Dietrich übertragen worden. Die Mittel zur Errichtung sollen von den Gemeindemitgliedern gestiftet werden.

Meyerheims Vermächtnis für die Nationalgalerie. Aus dem Nachlaß Paul Meyerheims sind ein paar hervorragende Werke Menzels und Meyerheims in die Berliner Nationalgalerie gekommen. An Wert obenan steht Menzels Aquarell der Cornelia Meyerheim, geborenen Drake, der Mutter Paul Meyerheims und Schwester von Fritz Drake, dem bekannten Berliner Bildhauer aus der Rauch-Schule. Ferner erhielt die Galerie vier Werke der Familie Meyerheim. Es sind dieses Eduard Meyerheims Bildnis seiner Gattin, das Bildnis seines Sohnes Paul als Säugling, ein Interieur von Franz Meyerheim und das Bild, das Paul von seinem Vater an der Staffelei in Lebensgröße gemalt hat.

Die Trauerfeier für Justizrat Paul Jonas. Unter großer Beteiligung von Gelehrten, Schriftstellern, Schauspielern und Juristen fand heute mittag im Krematorium in der Gerichtstraße die Trauerfeier für Paul Jonas statt. Man bemerkte unter den Leidtragenden die Theaterdirektoren Barnowsky vom Lessing-Theater, Bieber vom Theater des Westens, Else Lehmann, die Justizräte Heinitz, Sonnenfeld, Auerbach, Wreschner und als Vertreter der Theatergeschäftswelt, die in Paul Jonas stets einen guten Berater gehabt hat, Herrn Ernst Bloch, Mitbinhaber des Verlages Felix Bloch Erben. Die Feier begann mit Harmoniumspiel. Dann hielt Gerhart Hauptmann eine Gedächtnisrede und rief dem Freunde ein herzliches Lebewohl nach. Hierauf sprach Ludwig Fulda im Namen des Berliner Goethe-Bundes. Er erinnerte daran, daß der Verstorbene zur Zeit, als dem Goethe-Bunde Gefahr drohte, die Fahne der Gedankenfreiheit mutig hochgehalten habe. Dann nahm noch der Direktor der Spirituszentrale Albrecht Guttmann das Wort, um dem Verstorbenen Worte ehrenden Nachrufes zu widmen.

Zum Schluß hielt Hofrat Dr Paul Schlenther eine Gedenkrede, in der er das literarische Wirken sowie die treue Freundschaft des Entschlafenen würdigte. Der Tod Paul Jonas' sei für seine Freunde und Angehörige ein unersetzlicher Verlust. Wiederum folgte Harmoniumspiel. Dann wurde der Sarg, der mit einer großen Zahl kostbarer Kränze bedeckt war, den Flammen übergeben.

Verkehrs, der räumlichen Ausdehnung ihrer Anlagen und dergleichen. Auf den preußisch-hessischen Vollspurbahnen gab es nun Ende 1914 nicht weniger als 6435 Bahnhöfe. Davon waren 562 erster Klasse, 1149 zweiter, 1051 dritter und 3658 vierter Klasse, ferner gab es noch 15 besondere Werkstättenbahnhöfe. Dazu traten 1414 Haltepunkte, so daß insgesamt 7849 Stationen vorhanden waren, 113 mehr gegen das Vorjahr. Für den Personenverkehr waren im ganzen 7612 Stationen eingerichtet. Dem Güterverkehr dienten insgesamt 6529 Stationen. Davon waren eingerichtet zur Abfertigung von lebenden Tieren mehr als 6000. Aehnliche Zahlen gelten für Eil- und Frachtgut. Für Fahrzeuge kamen 4500 Stationen in Betracht. Auf 2276 Stationen bestand bahnamtliche Zu- und Abfuhr der Stückgüter. Die durchschnittliche Stationsentfernung betrug Ende 1914 5,04 Kilometer gegen 5,05 Kilometer Ende 1913. Also auch hier zeigt sich eine Verbesserung des Verkehrs.

Die Webstoffbeschlagnahme und ihre Probleme.

[Nachdruck verboten.]

Das äußere Bild des Geschäftslebens. — Kein Nachlassen des Angebots an das Publikum. — Anpassung an die Kriegserfordernisse. — Uebernahmetag und Uebernahmepreis. — Fabrikanten, Großhändler, Einzelhändler.

Nach der großen Beschlagnahmeverfügung, die am 1. Februar für das Webstoffgewerbe ergangen ist, hatte man an manchen Stellen erwartet, daß das äußere Bild des Geschäftsbetriebes der von der Maßregel betroffenen Branchen alsbald ein ganz anderes Aussehen annehmen würde. Man glaubte, daß die Beschlagnahme ohne weiteres auf das Geschäft im ganzen einwirken würde, und zwar sowohl bei den Detaillisten, zu denen auch die großen Kauf- und Warenhäuser gehören, als auch bei den Fabrikanten und Grossisten. Namentlich war man vielfach der Meinung, daß ein unmittelbares Verschwinden der beschlagnahmten Stoffarten und Artikel aus dem Klein- und Einzelhandelsverkehr erfolgen, und daß sich auch sofort gewisse Schwierigkeiten bei der Befriedigung des Bedarfs des Privatpublikums zeigen würden.

Alle diese Erwartungen und Besorgnisse haben sich inzwischen als viel zu weitgehend herausgestellt. Gewiß haben sich infolge des tiefen Eingriffs in Handel und Gewerbe, den die Textilbeschlagnahme darstellt, gründliche Betriebsänderungen und mancherlei Umgestaltungen überall da als erforderlich erwiesen, wo Läger der für den Staat in Anspruch genommenen Waren bestanden, und wo solche Waren hergestellt oder verarbeitet wurden. Nach außen hin, das heißt im Geschäftsleben, wie es sich den Blicken des Publikums darbietet, war diese Einwirkung aber kaum, ja zum Teil überhaupt nicht erkennbar. So konnte man z. B. in den Fensterauslagen und Geschäftsräumen der Detaillisten, und zwar der großen Warenhäuser und Spezialgeschäfte ebenso wie der eigentlichen „Kleinhändler", nur bei sehr genauem Hinsehen ein Nachlassen des Angebots an Web- und Wirkwaren, und namentlich auch an Trikotagen aller Art, bemerken. Diese, für das Publikum nicht minder als für die Kaufmannswelt erfreuliche Erscheinung beruht einesteils darauf, daß bekanntlich verhältnismäßig ansehnliche Vorräte der an sich der Beschlagnahme unterworfenen Waren für den Handel freigegeben sind; zum anderen Teil darauf, daß bei weitem nicht alle Stoffe und Gegenstände beschlagnahmt sind, die zu Bekleidungszwecken dienen.

Trotz des wenig veränderten äußeren Anscheins des Geschäftslebens nach der Textilbeschlagnahme muß aber natürlich doch festgestellt werden, daß die von der Maßregel betroffenen Geschäftszweige, Erzeuger sowohl wie Händler und Vermittler, sich der Notwendigkeit wesentlicher Wandlungen in ihrem Geschäft und der Aufgabe einer neuen „Anpassung an die Kriegserfordernisse" gegenübersahen. Eine große Anzahl von Wirkungen der Beschlagnahme und viele im Gefolge dieser Wirkungen auftretende Probleme werden seit dem Inkrafttreten der Beschlagnahmeverordnung in weiten Kreisen der Geschäftswelt empfunden und erörtert, und die Interessenten sind eifrigst bemühlt, die Tragweite der neuen Bestimmungen zu ermitteln, sowie Mittel zu finden, den etwaigen Nachteilen daraus zu begegnen.

Ueber Zahl und Umfang der an die betroffenen Geschäftskreise aus Anlaß der Beschlagnahmeverfügung herantretenden Fragen haben wir wiederholt berichtet. Wir haben auch gemeldet, daß die zuständigen Behörden und die Handelsvertretungen in gemeinsame Verhandlungen eingetreten sind, um gewisse nach Erlaß der Beschlagnahmeverfügung aufgetretene Schwierigkeiten und Unklarheiten der Auslegung auszugleichen. Alle Entscheidungen, die in dieser Richtung bisher bereits dankenswerterweise ergangen sind, stellen aber einstweilen in der Angelegenheit der Beschlagnahme selber nur Vorbereitungen dar, Vorbereitungen insofern, als die endgültige Durchführung der Beschlagnahme, die „Realisation" der Warenbestände zugunsten des Reichs, d. h. der Erwerb der beschlagnahmten Gegenstände und ihre Bezahlung durch die Behörden, erst für später in Aussicht genommen ist.

Eine der Hauptfragen, mit denen die beteiligten Kreise sich beschäftigen, ist natürlich die nach dem Zeitpunkt und vor allem nach dem Preise, zu denen die Uebernahme der beschlagnahmten Waren erfolgen wird. Wenn auch gerade in diesen Tagen den von der Beschlagnahme betroffenen Betrieben noch vorläufig andere Sorgen näher liegen, nämlich vor allem die, wie sie der Bestimmung über die Anmeldung ihrer Bestände nachzukommen haben, so dürfte nach Ablauf der hierfür gesetzten Frist, also nach dem 15. Februar, Zeit und Preis der Uebernahme der Waren und die mit der Lösung dieser Frage im Zusammenhang stehende Freigabe der entbehrlichen Waren der Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen in den Fachkreisen werden. Selbstverständlich hegt man durchweg die feste Ueberzeugung, daß es der Behörde und der Preisfestsetzungsstelle an dem ernsten Willen, allen Interessen der Kaufleute gerecht zu werden, nicht fehlt. Immerhin kommen bei der endgültigen Regelung der Uebernahme und der Festsetzung der Bezahlung der Waren Umstände in Betracht, an die man bei den ersten in dieser Hinsicht angestellten Erwägungen vielleicht nicht immer gleich gedacht haben mag, und auf die auch die betroffenen Kaufmannskreise selbst erst im Laufe von allerhand praktischen Erfahrungen gekommen sind.

Wir haben Gelegenheit gehabt, über einige der hauptsächlichen mit der Beschlagnahme zusammenhängenden Fragen Stimmen aus der Kaufmannschaft zu hören. Wir glauben, daß manche davon interessant genug sind, um auch in einem weiteren Kreise und an nichtkaufmännischen Stellen vernommen zu werden. — Von einem bedeutenden Kaufhaus der Herrenausstattungsbranche mit Ladengeschäften in Berlin und anderen Großstädten hören wir folgendes:

„Die Bestandsaufnahme, mit der wir jetzt zu Ende sind, hat sehr beträchtliche Arbeit gemacht, zumal da die Auslegung der Beschlagnahmeverordnung sich in vielen Punkten als nicht leicht erweist. Immerhin werden wir am Fünfzehnten die ziemlich umfangreiche Liste der bei uns beschlagnahmten Bestände einreichen können. Mehr Sorge als die jetzige, im Interesse des Gemeinwohls nötige und gern übernommene Arbeit macht uns die Frage, was mit der beschlagnahmten Ware in der nächsten Zukunft werden, wie lange sie bei uns lagern und was davon von den Behörden für den Verkauf freigegeben wird. Namentlich beschäftigt uns natürlich auch die Frage, welche Preise das Reich dafür zahlen wird. Da einstweilen, wie uns behördliche Stellen versichern, über alles dies noch nichts vorauszusehen ist und gesagt werden kann, so bleibt uns natürlich nichts übrig, als diese Momente, die die Sicherheit der kaufmännischen Kalkulation immerhin stark gefährden, hinzunehmen und ihre baldige Beseitigung zu erhoffen."

Diese Aeußerung läßt die vorhin schon erwähnten Hauptpunkte der in Kaufmannskreisen über die Beschlagnahme vor sich gehenden Erörterung erkennen. Da wir, wie eingangs schon gesagt, erst am Beginn der Durchführung der Beschlagnahmemaßregel stehen, kann über den Uebernahmepreis, der von den Hauptpunkten wiederum der hauptsächlichste ist, zurzeit nur wenig Bestimmtes zu sagen sein. Sogar über die künftige Art oder Form der Berechnung des Preises für die vom Reich zu übernehmenden Waren sind offenbar noch keine festen Regeln aufgestellt. Gerade aus diesem Grunde aber mögen die in dieser Hinsicht geäußerten Wünsche und Hinweise aus der kaufmännischen Praxis vom Interesse sein und Beachtung verdienen. Von einem großen Fabrikationsunternehmen des Baumwollgewerbes wird uns hierüber gesagt:

Die Preisfestsetzung für die von uns hergestellten und jetzt vom Reich bei uns beschlagnahmten Waren wird den Behörden keine besonders große Arbeit verursachen. Unsere Kalkulation ist auf der Grundlage der von uns gezahlten Preise für die Rohstoffe, der Löhne usw. leicht nachprüfbar, und wir glauben, daß die Behörden nicht nur bei uns, sondern bei allen Fabrikationsunternehmungen leicht den für die fabrizierte Ware „angemessenen Preis" finden werden. Wahrscheinlich wird es sich um einen Preis handeln, der bei den gleichartigen Unternehmungen in ungefähr oder sogar genau derselben Höhe, natürlich nach Qualitäten usw. abgestuft, festgestellt werden wird. Eine andere Frage ist allerdings die, wie dieselbe Ware bei unseren Abnehmern, den Grossisten, und wiederum bei deren Kunden, den Einzelhändlern, eingeschätzt wird. Hier liegt, wie es scheint, möglicherweise ein Widerstreit zwischen den Interessen der „Enteigneten" und denen der staatlichen Behörden, dessen Lösung vielleicht nicht immer ganz einfach sein wird."

Die von der Baumwollwarenfabrik in dem letzten Satz ihrer Ausführungen angeschnittene Frage ist in der Tat von besonderer Bedeutung. Denn man weiß, daß ein und dieselbe Ware, wenn sie aus der Hand des Fabrikanten kommt, zu einem anderen Preise in den Handel gelangt, als wenn der Grossist, der Kommissionär, der Agent oder der Detaillist sie weiterveräußert. Jede einzelne dieser „Instanzen" macht für die Ware ihren eigenen Preis, und eine einheitliche Einschätzung und Bezahlung der beschlagnahmten Gegenstände ohne Rücksicht auf die Stelle, wo die Beschlagnahme erfolgt ist, kann erfahrungsgemäß zu Härten führen.

Die Direktion eines Warenhauses hat uns gegenüber in dieser Hinsicht folgendes geäußert:

„Wir betrachten die Enteignung vom kaufmännischen Standpunkt aus als ein gutes Geschäft mit einem prima Kunden. Wir nehmen dabei die Ungewißheit des Tages der Abnahme gern in den Kauf, ja, kommen dem Kunden in unserer Kulanz sogar so weit entgegen, ihm auch die Festsetzung des Preises voller Vertrauen selber zu überlassen. Wir gehen dabei von der Erwägung aus, daß so gute Kunden, wie er einer ist, nicht schlecht zahlen werden. Wir betrachten es im übrigen als selbstverständlich, daß uns der „Kleinhandelspreis", also der von uns für den Einzelabsatz kalkulierte Preis, gezahlt wird. Wir meinen, daß die mit der Preisfestsetzung und Schätzung befaßte Kommission nur von Fall zu Fall, nach Prüfung aller Unterlagen, den für jeden einzelnen Veräußerer angemessenen und ihm zukommenden Preis zahlen wird."

Ueber dieselbe Frage hat sich der Syndikus eines anderen großen Kaufhauses uns gegenüber wie folgt ausgesprochen:

Ein Einheitspreis für die enteigneten Waren oder Warenqualitäten ist meines Erachtens undenkbar. Die der Beschlagnahme folgende Enteignung ist, juristisch betrachtet, ein Zwangskauf, und die Regeln des Kaufs müssen analog angewendet werden. Danach muß grundsätzlich jedes einzelne beschlagnahmte Stück besonders benannt, besonders bewertet, und für den Staat durch einen besonderen Rechtsakt (Enteignungsbeschluß) erworben werden. So kann es allerdings unter Umständen kommen, daß der Staat für eine bestimmte Spezies beim Detaillisten mehr als beim Grossisten, und bei diesem wieder mehr als beim Fabrikanten zu zahlen hat. Aber der Staat beschlagnahmt die Ware, wo er sie findet; er muß auch den Erwerbspreis zahlen, der diesen Umständen und unter anderem namentlich auch dem durch die Lagerung der Stoffe an manchen Stellen entstandenen Zinsverlust entspricht.

Auch in Grossistenkreisen hält man die „individuelle" Berechnung des Uebernahmepreises für die gebotene, jedenfalls die gerechteste. Dabei mag indes daran erinnert werden, daß der Staat bei der Uebernahme der beschlagnahmten Metalle bestimmte Einheitspreise festgesetzt, also auf die Erwerbspreise keine Rücksicht genommen hat. Allerdings handelte es sich dabei um die Beschlagnahme bei Privaten, während durch die Webstoffbeschlagnahme eine sehr ausgedehnte und vielverzweigte Geschäftsbranche getroffen wird.

Die Stockung des Umsatzes, die an einigen Stellen dieser Branche mit der Beschlagnahme notwendigerweise verknüpft war, würde einen angemessenen Ausgleich darin finden, daß man jedem einzelnen, der seine Ware hergibt, den Preis dafür zahlt, den er als solider Kaufmann nach billigen Ansprüchen erwarten dürfte.

Letzte Nachrichten

Haag, 14. Februar. (Privat-Telegramm.) Da die Preise von Schwefelsäure und Arsenik, die in großen Mengen zur Herstellung von Munition verwendet werden, immer mehr steigen, hat der britische Munitionsminister **Höchstpreise** festgesetzt.

Genf, 14. Februar. (Privat-Telegramm.) Der **Telegraphenagentur Fournier** in Paris wurde dem „Temps" zufolge wegen Verbreitung falscher Nachrichten bis auf weiteres die Tätigkeit verboten.

Plünderungszüge kanadischer Rekruten gegen deutsche Häuser.

Amsterdam, 14. Februar. (W. T. B.)

Die „Times" melden aus Toronto, daß kanadische Soldaten, die in Galgary ausgebildet werden, deutsche Geschäfte überfielen und ein großes Hotel zerstörten. In einer Versammlung im Stadthause von Berlin in Ontario wurde beschlossen, den Gemeinderat um Abänderung des Namens der Stadt zu ersuchen.

Englische Vorratskäufe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. Februar.

Die britische Regierung will sich, wie die „Daily Mail" erfährt, gegen den Ausfall an der Einfuhr schützen, der durch unvorherzusehende Ereignisse zur See eintreten könnte. Sie macht deshalb augenblicklich große Einkäufe an Getreide in Australien, Kanada und dem La Plata. Durch die auf diese Weise aufgestapelten Vorräte soll auch dem Preiswucher entgegengearbeitet werden. Es werden fünf bis sechs Millionen Quarter (à drei Hektoliter) zusammengebracht, doch werden sie vor dem 1. Juni nicht in Angriff genommen.

Elbassan von den Bulgaren besetzt.

Sofia, 13. Februar. (W. T. B.)

Das Hauptquartier gibt bekannt: Die bulgarischen Truppen haben gestern Elbassan besetzt. Die Bevölkerung bereitete ihnen einen sehr warmen Empfang; die Stadt war beflaggt.

Essad Paschas Flucht nach Korfu.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 14. Februar.

Es wird bestätigt, daß Essad Pascha samt seinen Soldnern sich nach Korfu einschiffte, um sich mit dem serbischen Heere zu vereinigen. Vor der Abreise dekorierte Essad Pascha (mit welchen Dekorationen wird nicht gesagt) sämtliche serbischen Offiziere. Essad Paschas zahlreiches Gepäck ist bereits in Korfu angekommen. Der von der Entente gefangengehaltene österreichisch-ungarische Konsul in Korfu ist an Bord einer griechischen Fischerbarke geflohen. Er nahm viele wichtige Dokumente mit.

Nach Briands Abreise.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 14. Februar.

Auf angeblichen Wunsch Thomas' wurde der als Reserveleutnant im Felde stehende Reformsozialist Bissolati nach Udine gerufen, wo die französischen Staatsmänner zurzeit weilen. Das Gerücht über den möglichen Eintritt Bissolatis in das Kabinett erhält dadurch neue Nahrung. Die „Corriere d'Italia" meint zu Briands Rede, daß für die Kriegsfanatiker der Piazza kein Grund zu allzu großer Freude vorliege. Die „Stampa" vollends findet das Ergebnis allzu nüchtern, ja gerade deprimierend. Das einzige, wirklich neue, sei die Einrichtung der Konferenz in Paris, die sich periodisch versammeln solle. Der praktische Teil komme dann später. Die öffentliche Meinung hätte eigentlich etwas anderes erwartet.

Rom, 14. Februar. (Agenzia Stefani.)

Briand und die französische Mission sind im italienischen Hauptquartier vom König zur Tafel gezogen worden. Die Mission besichtigte mehrere Punkte der italienischen Front am mittleren und unteren Isonzo sowie in der karnischen Zone. Am Sonntagabend hat sie die Kriegszone verlassen.

Rom, 13. Februar. (W. T. B.)

Amtlicher Bericht. Die gewöhnliche Tätigkeit unserer Artillerie mit guten Ergebnissen besonders gegen Bagageabteilungen auf den Ostabhängen des Biaenna (Lagarinatal), gegen feindliche Abteilungen in der Umgegend von Luserna (Asticotal) und gegen den Bahnhof von Caldonazzo (Suganatal). Im Sextental schossen wir durch unser Feuer die Dolomitenschutzhütte im Fischleintal in Brand. Im Becken von Flitsch (Oberer Isonzo) gelang es dem Feinde, der überraschend und mit überlegenen Kräften angriff, am frühen Morgen des 12. Februar in einen unserer Gräben des Rombon-Abschnittes einzudringen. Im Abschnitt von Görz wurden feindliche Batterien, die von St. Andree, Aubbia und von Savogna auf unsere Stellungen bei Podgora schossen, durch unsere Artillerie zum Schweigen gebracht.

Der englische Heeresbericht.

London, 13. Februar. (W. T. B.)

Englischer Heeresbericht: Im Laufe der vergangenen Nacht haben wir eine Mine östlich von Hulluch zur Explosion gebracht und den Trichter ohne Verluste besetzt. Während des Tages beträchtliche gegenseitige Artillerietätigkeit bei Buthuille, bei der Hohenzollernredoute bei Cuinchy und Armentieres. Der Feind beschoß unsere Schützengräben bei Hooge und nördlich davon. Bei Ypern beträchtliche Fliegertätigkeit.

Zeppeline über Rouen und Havre.

Paris, 13. Februar. (Havas.)

In Rouen wurde gestern um 8 Uhr 50 Minuten abends auf Anordnung der militärischen Behörden Alarm geschlagen, weil ein Zeppelin gemeldet worden war. Der Alarm war um 10 Uhr 40 Minuten beendet. In Havre wurde aus demselben Anlaß alarmiert. Man glaubt, daß der Zeppelin unverrichteter Sache wieder umgekehrt ist.

Verantwortliche Redakteure: für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Kolles-Berlin; für die handelspolitische Zeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für Politik und den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Frantz-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 82.
ntag, den 14. Februar 1916 (Abend)

Berliner Tageblatt.

1. Beiblatt.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lichtverbilligung.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. jur. Fleminger,
Generalsekretär des Vereins der Textil-detaillisten Groß-Berlins.

den Stadtverordneten von Berlin ist gestern eine Magistrats-
age zugegangen, durch die, wie es in der Ueberschrift schlicht
, einige Lieferungsbedingungen der Städtischen Elektrizitäts-
e geändert werden sollen. Gleichzeitig knüpfte man daran die
nung, daß die vorgeschlagenen Aenderungen „die von vielen Kreisen
nschte Verbilligung des Strombezuges mit sich bringen" würden.
ut mir herzlich leid, daß ich diese schöne Zuversicht zunichte machen
sagen muß, daß Vorschläge des Magistrats in den Kreisen des
iner Detailhandels aller Geschäftszweige, aber auch unter den Gast-
en und in anderen Berufen, ein Gefühl hervorgerufen haben, für
das Wort Enttäuschung eine viel zu milde Bezeichnung
Da diese Stände einen sehr großen Teil der am Lichtbezuge
essierten Berliner Steuerzahler darstellen, kann von einer
iedenstellung vieler Kreise wohl nicht gut die Rede sein.

er Kampf um die Verbilligung des elektrischen Lichtes geht
seit Jahren. Stammt doch der noch heute geltende Tarif aus
Jahre 1899. Während der Stromverbrauch in Berlin damals
9,9 Millionen Kilowattstunden betrug, ist er im Jahre 1914
des Krieges auf 267 Millionen Kilowattstunden, also auf über
26fache, gestiegen. Anderseits stellen sich die Erzeugungskosten
ge der großen technischen Fortschritte um mindestens 50 Pro-
niedriger. Trotzdem beträgt der Preis für Beleuchtungszwecke un-
ndert wie vor 17 Jahren 40 Pfennig. Als im Jahre 1913 die De-
istenverbände eine Herabsetzung des Tarifes verlangten, gaben
Berliner Elektrizitätswerke in ihrer Antwort der Hoffnung
druck, daß der neue mit den städtischen Behörden zu verein-
nde Tarif auch den durch die Detaillistenvereine vertretenen ge-
lichen Interessen zum Nutzen gereichen wird. Und der zustän-
Dezernent des Berliner Magistrats, der im März 1914 eine
dnung der Detaillisten zur Entgegennahme der Wünsche der
äftsinhaber empfing, hob hervor, daß, wie das Verhältnis zu
Berliner Elektrizitätswerken auch geregelt werden sollte, so viel
sei, daß eine bedeutende Ermäßigung des Tarifes eintreten
e. So glaubte der Berliner Detailhandel in Ruhe die weitere Ent-
ung der Elektrizitätsangelegenheit abwarten zu können. Sowohl
Berliner Elektrizitätswerke als auch die Stadt Berlin hatten die
chtigung seiner Wünsche in unzweideutigen Worten anerkannt
ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, die veralteten Bestimmungen
ndern.

ie unhaltbar die Zustände, wie groß die Verschiedenheiten in
Preisen augenblicklich sind, mag ein kleines Beispiel zeigen: Das
e Berliner Warenhausunternehmen hat nach einer von anderer
angestellten Berechnung in seinen vier Häusern einen Jahres-
f von 3 Millionen Kilowattstunden. Da hier Hochspannungs-
in Frage kommt, stellt sich nach dem geltenden Tarif der Preis
die Kilowattstunde auf 7,5 Pfennig, wovon ein Extrarabatt von
rozent in Abzug kommen dürfte. Mithin sind jährlich etwa 202 000
k zu zahlen. Nimmt man den Lichtverbrauch eines kleineren
ilgeschäfts, das zwei Schaufenster hat, mit jährlich 5000 Kilowatt-
en an, so hat ein solches Geschäft bei dem für ihn geltenden
e von 40 Pfennig für die Kilowattstunde jährlich 2000 Mark zu
n. Das Warenhausunternehmen entrichtet also für 3 Millionen
wattstunden jährlich 202 000 Mark, während 600 der erwähnten
n Geschäfte, die zusammen jährlich die gleiche Lichtmenge ver-
hen, dafür nicht weniger als 1 200 000 Mark bezahlen müssen.
5000 Kilowattstunden im Jahre zahlt das kleine Geschäft 2000
, das ganz große dagegen nur sage und schreibe 337 Mark. Diesen
n braucht wohl nichts hinzugefügt zu werden.

ei Uebernahme der Elektrizitätswerke durch die Stadt Berlin
te der Magistrat, daß eine allgemeine Tarifermäßigung mit
icht auf die Kriegszeit zunächst nicht zu erwarten sei; die neue
altung müsse auch erst Erfahrungen sammeln. Die Be-
is, daß bei Aufrechterhaltung des bisherigen Tarifs für hoch-
nnte Elektrizität, der gegenüber dem Tarife mancher Vororte
ie Verbraucher ungünstig war, manche Großabnehmer sich ver-
t sehen würden, ihre Betriebe aus Berlin zu verlegen, bewog
Stadt Berlin im Dezember vorigen Jahres, neue Lieferungs-
gungen für Hochspannungsstrom festzusetzen. Die mittleren und
n Verbraucher fanden sich mit der damaligen Nichterfüllung
Wünsche ab, wenn auch vielfach die Meinung vertreten wurde,
Stadt sollte in Anbetracht der schwierigen Lage dieser Kreise,
re Forderungen nicht wie die Großabnehmer durch Drohen mit
nderung in die Vororte erzwingen können, eine Ermäßigung
ichtpreise aus Billigkeitsgründen eintreten lassen.

n kommt plötzlich die neue Vorlage, die unter anderem eine er-
he Ermäßigung auch für große Wohnungen eintreten läßt, ohne
ir die mittleren und kleinen Geschäftsinhaber das Licht auch nur
nen Pfennig verbilligt wird. Die ersten 15 000 Kilowattstunden
em Geschäftsjahre sollen nach wie vor je 40 Pfennig kosten, die
en 15 000 Kilowattstunden je 35 Pfennig und der überschießende
auch je 30 Pfennig. Die Geschäfte, die also bisher für elektrisches
jährlich nicht mehr als 6000 Mark zahlten, sollen weiter diesen
unverhältnismäßig hohen Preis entrichten müssen. Erst bei einem
edarf von über 6000 Mark ist eine geringe Ermäßigung vor-
n. Beispielsweise wird bei einem Jahresbedarf von 24 000 Kilo-
unden eine Ermäßigung von 9600 Mark auf 9150 Mark eintreten.
se Regelung wird in Detaillistenkreisen einfach nicht verstanden,
an hält es für unmöglich, daß die Stadtverordneten, die ja auch
edürfnissen der mittleren und kleinen Verbraucher gebührende
ung schenken müssen, der Magistratsvorlage ihre Zustimmung
werden. Heute wird soviel von der Notwendigkeit der Er-
g des selbständigen Mittelstandes geschrieben und gesprochen.
tadtverordnetenversammlung, bei der die Entscheidung liegt,
u prüfen haben, ob die Magistratsvorlage von diesem Gesichts-
aus im allgemeinen Interesse nicht einer gründlichen Ab-
ng bedarf. Die mittleren und kleinen Geschäfte, die vielfach
— diesen Beweis brauche ich wohl nicht zu führen — um ihre
z zu kämpfen haben, und denen man eine Erleichterung der
wohl gönnen kann, wünschen ja gar keine Bevorzugung. Sie
gen nur, daß nicht sie allein bei der Ermäßigung des Elek-
tstarifs unberücksichtigt bleiben. Mit der Herabsetzung des
s auf 30 Pfennige für die Kilowattstundde ohne Rücksicht auf die
auchsmenge würden Magistrat und Stadtverordnete von
sich die dankbare Anerkennung des Berliner Detailhandels er-
n.

---

arkstillstuben zum Säuglingsschutz. Die Deutsche Ge-
schaft für Mutter- und Kindesrecht in Charlotten-
hat an die Verwaltungen aller deutschen Städte mit mehr als
Einwohnern eine Eingabe gerichtet, in der sie die Errichtung
„Parkstillstuben" dringend empfiehlt. Unter „Parkstill-
wäre eine Einrichtung, etwa in Form eines einfachen, kleinen
auses zu verstehen, in das sich die Mütter mit ihren Säuglingen
Belieben zurückziehen können. Damit würde erreicht, daß die
n ihre Säuglinge mehr als bisher ins Freie bringen und sich
mit ihnen längere Zeit in den öffentlichen Gärten aufhalten können, was namentlich für die heiße Zeit von unschätzbarem Werte wäre. Die Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht ist der Meinung, daß die Parkstillstuben ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit wären, und unter diesem Gesichtspunkt ist ihren Bestrebungen ein voller Erfolg zu wünschen.

Die Fortführung der Schöneberger Schnellbahn. In der heutigen Ausschußsitzung des Verbandes Groß-Berlin, die unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth stattfand, beschäftigte man sich nach einer recht regen Debatte über die Geschäftsordnung mit der Schöneberger Untergrundbahn. Es besteht der Plan, diese Schnellbahn unterirdisch zum Brandenburger Tor und dann weiter nach Weißensee zu führen. Die Erörterung über die Fortführung der Bahn dauerte bei Schluß des Blattes noch an.

Geheimer Kommerzienrat Edmund Helfft, der Seniorchef der Berliner Bankfirma R. Helfft u. Co., feiert heute in seinem Berliner Heim, Unter den Linden, in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Seit dem frühen Vormittag liefen ununterbrochen Telegramme aus allen Teilen Deutschlands und Blumenspenden ein. Abgeordnete des Magistrats, der Handelskammer und der Aeltesten der Kaufmannschaft brachten dem Jubilar die Glückwünsche ihrer Korporationen.

Eine Trauerfeier für den ersten Adjutanten Hindenburgs, den Major Julius Caemmerer, fand heute mittag im Heim des Verstorbenen in der Hohenzollernstraße 19 statt. Mit Rücksicht darauf, daß die Hauptfeier in der Kapelle des Garnisonfriedhofes in Posen erfolgen soll, vollzog sich der Trauerakt im kleinen Kreise. Prinz Joachim hatte seinen Adjutanten Rittmeister v. Maltzahn entsandt, der einen Kranz überbrachte. Weitere Kränze ließen niederlegen: Feldmarschall v. Hindenburg, das Kriegsministerium, die Generalstabsadjutantur, das Offizierkorps des 1. Posenschen Feldartillerieregiments Nr. 20, das Luftschifferbataillon und viele andere. Unter den Trauergästen befanden sich der Oberstkommandierende der Marken Generaloberst v. Kessel mit seinem Adjutanten Grafen Plettenberg. Die Gedächtnisrede hielt Divisionspfarrer Wallis. Nach Schluß der Feier wurde die Leiche vom Schlesischen Bahnhofe aus nach Posen übergeführt, wo die Beisetzung erfolgen wird.

Berliner und Wiener Straße in Sofia. Der Munizipalrat von Sofia hat, wie uns telegraphiert wird, beschlossen, zwei Straßen der Hauptstadt den Namen von Berlin und Wien zu geben.

Kleine Notizen. Ein bekannter Berliner Journalist, der Redakteur der „Kreuzzeitung" Paul Adami, ist heute früh nach kurzem, schwerem Leiden im 65. Lebensjahre gestorben. — Durch Gasvergiftung erkrankte gestern der Major a. D. Rudolf Krossa, der in einem Pensionat in der Dorotheenstraße ein Zimmer bewohnte. Samariter der Wehr leisteten Hilfe mit Sauerstoff und beseitigten die Lebensgefahr. Der Unfall ist auf Unvorsichtigkeit beim Schließen des Gashahnes zurückzuführen. — Eine wertvolle Marmorfigur ist aus der kunstgewerblichen Abteilung eines Berliner Warenhauses gestohlen worden. Sie ist „Graciosa" bezeichnet und 40 Zentimeter hoch. Die weibliche Gestalt hat gelblich rotes Haar und trägt ein grünliches Gewand mit silbernem Gürtel.

Der frühere Direktor des Berliner Zentralviehhofes, Oekonomierat Hausburg in Berlin, feiert am 24. Februar seinen 85. Geburtstag. Hausburg wurde, nachdem er von 1862 bis 1874 Generalsekretär des landwirtschaftlichen Zentralvereins in Königsberg und dann Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats gewesen war, im Jahre 1880 zum Direktor des damals neu erbauten städtischen Zentral-Vieh- und -Schlachthofes in Berlin gewählt. Diese Stellung hatte er bis zum Jahre 1901 inne. Seitdem lebt er im Ruhestand in Berlin.

Zum Besten der Kriegskinderhilfe findet in den Ausstellungsräumen von Keller u. Reiner, Potsdamer Straße 118b, am Sonntag, 20. Februar, nachmittags 5 Uhr, eine musikalische Unterhaltung und Tee statt, zu der eine Reihe unserer namhaftesten Künstler ihre Mitwirkung zugesagt haben. Karten zum Preise von 10 Mark sind nur auf dem Wege der Subskription bei der genannten Kunsthandlung, sowie bei dem Ehrenkomitee erhältlich.

Absturz eines Bahnbeamten vom Schnellzuge. Ein schwerer Unfall ereignete sich bald nach Abgang des Schnellzuges Rostock—Berlin vom Güstrower Bahnhofe in der Richtung nach Lalendorf zu. Der Zug hatte kaum das Wärterhäuschen beim Bahnübergang an der Rostocker Straße in Güstrow passiert, als plötzlich der in Berlin stationierte Eisenbahnschaffner R., der zu dem Begleitpersonal gehörte, vermutlich infolge eines Fehltritts auf das Bahngleis stürzte und vom Zuge überfahren wurde. Er erlitt dabei erhebliche Verletzungen am Kopfe. Außerdem trug er einen Oberschenkelbruch davon. Der Schwerverletzte wurde zunächst in die benachbarte Wärterbude gebracht, von wo aus späterhin seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus in Güstrow erfolgte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Auf der Suche nach einem Schweizer Defraudanten befindet sich die Berliner Kriminalpolizei. Nach Unterschlagung von 20 000 Francs ist aus St. Gallen der 47 Jahre alte Fabrikant Fritz Wartmann flüchtig geworden. Wartmann wußte seine Veruntreuungen längere Zeit durch Fälschungen zu verdecken. Als er seine Entdeckung befürchtete, ergriff er die Flucht. Man vermutet, daß er sich nach Deutschland oder nach Oesterreich-Ungarn gewandt hat. Für beide Reiche hat er sich einen Reisepaß, der für ein Jahr gültig ist, ausstellen lassen.

Serbische und russische Dolmetscher werden, wie amtlich mitgeteilt wird, eingestellt. Gesuche sind an das Kriegsministerium, 1. Ersatzwesenabteilung in Berlin W 66, zu richten. Die Bewerber müssen deutsche Reichsangehörige sein.

Oeffentlicher Straßenverkehr durch die Markthalle. Die städtischen Körperschaften Berlins beschäftigen sich gegenwärtig mit der Frage, ob durch die Markthalle in der Lindenstraße während der Dauer des Baues der Untergrundbahn ein öffentlicher Fußgängerverkehr gelegt werden soll. Veranlaßt wurden die Verhandlungen durch den Freisinnigen Bezirksverein der südlichen Friedrichstadt. Der Verein gibt in einer Eingabe an die Berliner Stadtverordnetenversammlung an, daß er bereits im vorigen Jahre zweimal an den Magistrat die Bitte gerichtet habe, während des Baues der Untergrundbahn durch die Friedrichstraße den vorhandenen Durchgang durch die Markthalle nach der verlängerten Charlottenstraße für den Fußgängerverkehr zu öffnen. Der Magistrat habe jedoch beide Eingaben abschlägig beschieden. Diese Maßnahme sei um so weniger zu verstehen, so wird in dem Gesuch ausgeführt, als sich hier eine Verwaltung einer von vielen Seiten gewünschten Verkehrserleichterung widersetzt. Während es nämlich auf der Westseite der südlichen Friedrichstraße möglich sei, durch die verlängerte Hedemannstraße und einige Privatdurchgänge die Wilhelmstraße ungefährdet und leicht zu erreichen, sei der Verkehr nach der verlängerten Charlottenstraße erheblich erschwert. Wenn aber, so heißt es in der Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung, die Bewohner der Friedrichstadt die zahlreichen mit dem Bau der Nordsüdbahn verbundenen Unbequemlichkeiten monatelang auf sich nehmen müßten, so könnte sich die Markthallenverwaltung sehr wohl die kleinere Unbequemlichkeit eines öffentlichen Durchganges gefallen lassen. In dem Petitionsausschuß der Stadtverordnetenversammlung sprachen sich mehrere Mitglieder dahin aus, daß zweifellos durch den Bau der Nordsüdbahn der Verkehr stark behindert werde und dem Antrage des Bezirksvereins Folge gegeben werden müsse. Der Magistratsvertreter war der Ansicht, daß der Durchgangsverkehr mit Schwierigkeiten verknüpft sei, eine Ansicht, die die Stadtverordneten nicht teilen konnten. Es wurde daher beschlossen, in den nächsten Tagen einen Lokaltermin in der Markthalle abzuhalten, um zu prüfen, ob die Bitte des Vereins erfüllt werden kann.

Gründung des Brandenburg-Berliner Viehhandelsverbandes.

Ebenso wie für die anderen preußischen Provinzen ist auch für die Provinz Brandenburg und im Zusammenhang damit für die Stadt Berlin ein Viehhandelsverband gegründet worden, dessen Satzungen jetzt vom Oberpräsidenten veröffentlicht werden. Der Verband überwacht und regelt die Beschaffung von Vieh in der Provinz Brandenburg und in Berlin und dessen Absatz. Er ist mit Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg befugt, die zu zahlenden Preise festzusetzen und Bestimmungen über die beim Weiterverkauf zulässigen Aufschläge zu treffen. Die Verbandsmitglieder sind an die Einhaltung der festgesetzten Preise gebunden. Dem Verbande gehören an: Alle Viehhändler, die in der Provinz Brandenburg oder in Berlin ihre gewerbliche Niederlassung haben und bereits vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberufe getrieben haben; die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Handel oder den Kommissionshandel mit Vieh betreiben und ihren Sitz in der Provinz Brandenburg oder in Berlin haben. Auf Antrag können Mitglieder des Verbandes werden: Fleischer, die in der Provinz Brandenburg oder in Berlin Vieh vom Landwirt oder Mäster kaufen wollen; Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften, die, ohne in der Provinz Brandenburg oder in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder ihren Sitz zu haben, in der Provinz Brandenburg oder in Berlin Vieh kaufen oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen; Viehhändler, die in der Provinz Brandenburg oder in Berlin ihre gewerbliche Niederlassung haben, jedoch vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberufe nicht betrieben haben; landwirtschaftliche Vereinigungen (Zuchtgenossenschaften, Zuchtviehverbände), die ihren Sitz in der Provinz Brandenburg oder in Berlin haben. Die Mitglieder des Verbandes erhalten vom Vorstande eine Ausweiskarte. Die Geschäftsstelle des Verbandes ist W. 62, Schillstraße 10.

*

Der Reichsverband deutscher Städte (Verband der kreisangehörigen Städte) hat bei dem Landwirtschaftsminister den Antrag gestellt, die Satzungen der Viehhandelsverbände so zu gestalten, daß auch die kreisangehörigen Städte eine ausreichende Vertretung in dem Beirat der Verbände finden.

Feuergefährliche Feldpostsendungen.

Die durch Selbstentzündung des Inhalts von Feldpostsendungen verursachten Brandunfälle haben trotz der fortgesetzten dringenden Warnungen vor der verbotswidrigen Versendung feuergefährlicher Gegenstände mit der Feldpost nicht nachgelassen. Durch das Zuwiderhandeln einzelner Personen sind zahllose Angehörige in der Heimat und im Felde ohne ihre Schuld hart geschädigt worden. Um diesem gegen das allgemeine Interesse gerichteten Mißbrauch zu steuern, hat die Heeresverwaltung angeordnet, daß von Zeit zu Zeit die Feldpostpäckchen und Privatpakete unter dienstlicher Aufsicht in Gegenwart der Empfänger geöffnet und auf das Vorhandensein feuergefährlicher Gegenstände geprüft werden. Etwa ermittelte Fälle werden unter genauer Bezeichnung der Sendungen nach Absender, Empfänger, Aufgabeort und Aufgabezeit den Gerichten zur Strafverfolgung gemäß § 367 Ziffer 5a des Reichsstrafgesetzbuchs übergeben werden. Die Heeresverwaltung hat in ihren Materialiendepots Streichhölzer in größeren Mengen seit dem November 1914 niedergelegt, aus denen die Truppen ihren dienstlichen Bedarf decken können. Für den persönlichen Gebrauch werden Streichhölzer als Marketenderware gegen Bezahlung auf Anforderung von den Proviantdepots nachgeschoben.

*

Den militärischen Dienststellen gehen noch immer zahlreiche Beschwerden von Angehörigen im Felde stehender Soldaten darüber zu, daß die von ihnen abgesandten Päckchen und Pakete angeblich nicht in die Hände der Empfänger gelangen. Manche Beschwerden dieser Art sind in recht formlosem Ton gehalten und gehen, da solche Beschwerdeführer meist nicht den Mut haben, ihre Namen zu nennen, gewöhnlich „anonym" ein. Den mit Namensunterschrift versehenen Beschwerden wird stets in sorgfältiger Weise nachgegangen, doch ergibt sich fast immer, daß die Sendungen unterdessen ordnungsmäßig eingetroffen sind. Bei den ohnehin stark belasteten Behörden entsteht durch solch voreilige Beschwerden nur unnötige Schreibarbeit. Bevor jemand zu dem Mittel der Beschwerde greift, möge er bedenken, daß die Beförderung jeder Sendung, namentlich bei den wenigen Eisenbahnen im Osten, eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß und ebenso die Rückbeförderung des den Empfang bestätigenden Briefes. Tatsächlich gehen verschwindend wenig Sendungen verloren. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch auf folgendes hingewiesen: Da nicht zu vermeiden ist, daß einzelne Sendungen unter Umständen mehrere Wochen bis zum Eintreffen gebrauchen, ist die Verschickung leicht verderblicher Sachen unzweckmäßig. Unsere Soldaten im Felde erhalten manche Lebensmittel — z. B. Fettwaren — reichlicher als die meisten Daheimgebliebenen. Solche Waren müssen in vollem Umfang der menschlichen Ernährung in der Heimat erhalten bleiben und dürfen keinesfalls durch Verderben verloren gehen. Daß wir mit Nahrungsmitteln durchhalten können und werden, sehen allmählich unsere Feinde ein. Dazu gehört aber auch, daß alle daheim und draußen verständig haushalten.

Das Eiserne Kreuz.

Mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse wurden ausgezeichnet: Oberleutnant Schauspieler Schnell-Dresden; Hauptmann Kanitz-Landsberg a. W.; Hauptmann Kurt Traberth-Kottbus; Unteroffizier Röhl-Crivitz (Mecklenburg); Oberleutnant d. Ref. und Kompagnieführer Assessor Hoffmeister; Oberleutnant vom Marinekorps Seeger-Charlottenburg; Hauptmann Engelbrecht in einem Marineinfanterieregiment; Polizeikommissar Konstantin Jitschin-Mislowitz.

Das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erhielten: Leutnant Aribert Türcke, Sohn des Justizrats Türcke-Berlin; Unteroffizier Hermann Ploetz-Berlin; Offizierstellvertreter Hermann Kramer-Liegnitz; von Angehörigen des Marinekorps: Kapitänleutnant Bernard-Berlin-Steglitz; Marineoberzahlmeister Heyde-Neukirchen; Oberleutnant zur See Roeder-Berlin-Halensee, Oberleutnant zur See v. Tempski-Berlin-Steglitz; Leutnant zur See d. R. Lilienfeld-Berlin; Flugobermaat d. R. Wittmann-Berlin; Flugmechaniker Obermatrose S. II Krause-Berlin; Leutnant zur See Püschel-Charlottenburg; Kapitänleutnant Löwenherz-Berlin; Kapitänleutnant d. R. Herrmann-Berlin-Friedenau; Marinestabsarzt Dr.

Leipzig-Spandau; Leutnant zur See Ewest-Berlin, Kapitänleutnant Rochlitz-Berlin; Oberleutnant zur See Wende-Charlottenburg; Marineflabsingenieur Friedrich-Potsdam.

Von Beamten und Arbeitern der Firma Borsig-Tegel erhielten neuerdings 40 das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. Der Oberleutnant der Landwehr und Kompagnieführer Hans Hagemann wurde mit dem Ritterorden vom Zähringer Löwen mit Schwertern ausgezeichnet. Dem Leutnant Paul Goerz, Sohn des Kommerzienrats Goerz-Berlin-Grunewald, wurde der türkische Eiserne Halbmond verliehen.

*

Der älteste Sohn des Bankiers Moritz Bonte-Berlin, Oberleutnant der Landwehrkavallerie Alexander Bonte, wurde zum Rittmeister befördert.

Explosion eines Schrapnells.

Vier Knaben tödlich verletzt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 14. Februar.

In der Wohnung der Flüchtlingsfamilie Wolf Roler in der Blechturmgasse erfolgte gestern nachmittag eine schwere Explosion, durch die ein außerordentlich großer Schaden in dem Hause und in der Umgebung angerichtet wurde. Roler, der sich auf Urlaub befindet, hatte aus dem Felde ein Schrapnell mitgebracht, mit dem seine beiden Söhne und die bei ihm zu Besuch weilenden Kinder seines Schwagers spielten. Das Geschoß fiel auf Erde, explodierte und verletzte vier Knaben im Alter von sieben bis dreizehn Jahre tödlich. Eine Militärkommission hat die Ursache der Explosion festgestellt.

Erhöhungen der Milchpreise am Rhein. Zwischen den Vertretern der preußischen und hessischen Regierung und den Vertretern der Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden, Offenbach, Mainz, Darmstadt u. a. fanden, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, Verhandlungen wegen Erhöhung des Milchpreises statt. Die Landwirte verlangten 4 Pfennig für den Liter mehr. Man kam schließlich dahin überein, ab heute den Milchpreis von 28 Pfennig auf 30 Pfennig zu erhöhen.

Das „verhexte" Kind. Ein krasser Fall von Aberglauben kam in einer Verhandlung vor der Strafkammer in Bamberg zutage, vor der sich eine junge Zigeunerin wegen Betruges zu verantworten hatte. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: In der Wohnung der Witwe Quike in Hellerndorf erschien am Allerheiligentage nach der Kirche die Zigeunerin Katharina Höllenrein und verlangte etwas Milch. Dabei kam sie zufällig an das Bett des sechsjährigen, körperlich zurückgebliebenen und kranken Kindes der Witwe und spiegelte dieser vor, daß der Kranke geheilt werden könnte. Die Krankheit sei nicht von Gott geschickt, sondern das Kind sei von einer bösen Frau verhext worden, die in der Nähe von Hellerndorf wohne. Sie sei in der Lage, den Knaben zu heilen. Zunächst müßte die Mutter fünf Mark bezahlen und einen Sack Bettfedern stiften. Für das Geld werde eine heilige Messe gelesen und die Bettfedern müßten in das „gelobte Land" geschickt werden. Wenn sie das nicht tue, fügte die Angeklagte hinzu, dann sei die Witwe keine katholische Christin, dann wolle sie auch ihrem Kinde nicht helfen. Die geängstigte Frau händigte hierauf der Schwindlerin das verlangte Geld und die Bettfedern aus. Schon am nächsten Tage kam die Zigeunerin wieder, zeigte der Frau ein Ei, aus dem sie einige kleine Beinchen hervorzog. Diese Beinchen bezeichnete die Angeklagte als den „bösen Geist der Feindin" aus der Nachbarschaft, die das Kind verhext habe. Nun sei auch das Kind gerettet und die Feindin überwunden, doch müsse jetzt die Mutter das ganze Geld, das sie im Hause habe, um das Ei herumwickeln und es ihr aushändigen, damit sie es ebenfalls in das „gelobte Land" schicken könne. Nach Verlauf von neun Tagen bekäme die Witwe das Geld wieder; bis dahin müßte sie aber unbedingtes Stillschweigen beobachten. Die Frau fiel auch auf diesen Schwindel hinein und übergab der Zigeunerin 130 Mark in barem Gelde. Später stiegen ihr aber doch Bedenken auf und sie erzählte den Vorfall auf der Gendarmeriestation. Die Angeklagte war aber mit dem Ei, dem Gelde und Bettfedern bereits verschwunden, und es bedurfte längerer Zeit, ehe die Schwindlerin verhaftet werden konnte. Die wegen der gleichen Straftat mehrfach vorbestrafte Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Ueber das Ei befragt, erklärte sie, daß die Beinchen, die sie damals aus dem Ei gezogen habe mit der Angabe, daß diese der „böse Geist der Hexe" seien, von einem Igel gestammt hätten, den ihr Bruder kurz vorher gefangen habe. Das Urteil lautete, dem Antrag des Staatsanwalts gemäß unter Ausschluß mildernder Umstände, auf ein Jahr Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. Die Angeklagte erklärte sich zum sofortigen Strafantritt bereit.

Kunst und Wissenschaft.

Geheimrat Professor Dr. Richard Dedekind, der, wie wir meldeten, in seiner Vaterstadt Braunschweig gestorben ist, hat sich in seinem langen arbeitsreichen Leben als einer der fruchtbarsten Mathematiker Europas einen Weltruf erworben. Er veröffentlichte zahlreiche Werke und Broschüren, war ein reger Mitarbeiter wissenschaftlicher Fachzeitschriften und machte sich mit H. Weber durch Herausgabe der gesammelten Werke von Riemann verdient. Die bekanntesten Werke Dedekinds sind: „Elemente der Theorie der Eulerschen Integrale" (1852) und „Was sind und was sollen die Zahlen?" (1888). Dedekind gehörte über 50 Jahre lang dem Lehrerkollegium der Technischen Hochschule in Braunschweig an. Anläßlich ihres 170jährigen Bestehens ist Geheimrat Dedekind im vorigen Jahre „in Anerkennung seiner glänzenden wissenschaftlichen Leistungen und in dankbarer Erinnerung an seine von echtem wissenschaftlichen Geiste getragene langjährige Unterrichtstätigkeit der Dr. ing. h. c. verliehen worden. Dedekind war auch Ehrendoktor der Universität Kristiania und der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, ferner Mitglied der königlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin, der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, wo er vor seiner Uebersiedelung nach Braunschweig als Privatdozent wirkte, sowie der Akademie der Wissenschaften in Paris. Viel genannt wurde Dedekind, als er die mathematischen Berechnungen für den Tunnel der Gotthardtbahn nachzuprüfen hatte. Dabei wies Dedekind den französischen Mathematikern, welche die ersten Berechnungen ausgearbeitet hatten, grobe Fehler nach und verhinderte dadurch einen schweren technischen Mißerfolg des Gotthardtdurchbruchs.

Armersatz. Auf das Preisausschreiben des Deutschen Ingenieurvereins für einen Armersatz sind bis zum Ende des festgesetzten Termins 42 Kunstarme und vier Teilkunstarmen eingegangen. Das Preisgericht wird demnächst zur Beurteilung zusammentreten.

Kriegsvorlesungen. Im Sommersemester 1916 lesen an der Heidelberger Universität Geheimrat v. Schubert über „Einführung in das geschichtliche Verständnis der gegenwärtigen religiösen und kirchlichen Lage", Professor Oncken „Ueber das Wesen und die Bedingungen der auswärtigen Politik", Professor Wild über „Das britische Weltreich, von seinen Anfängen bis zur Gegenwart", Dr. Thorbecke über den „Orient", Professor Gothein über „Die deutsche Volkswirtschaft im Krieg und im Frieden", Professor Levy über „Die deutsche Ernährung im Kriege", Dr. Lederer über „Die fremden Volkswirtschaften im Kriege".

Die deutschen Universitäten im Winter 1915/16. An den 22 Universitäten des Reichs sind in diesem dritten Kriegssemester nach den jetzt abgeschlossenen Personalverzeichnissen 53300 Studierende eingeschrieben gegen 52500 im Winter 1914/15 und 61200 im Sommer 1914. 48480 sind Männer, 4820 Frauen; unter den Studierenden sind 1100 Ausländer und 300 Ausländerinnen. Die Zahl der tatsächlich in den Universitätsstädten Anwesenden (einschließlich der 1400 Ausländer) beträgt 10480 Männer und 4600 Frauen; im Kriegs- oder Sanitätsdienst stehen also 38000 Männer und etwa 200 Frauen. Im Laufe des Semesters sind etwa noch 1000 Studierende in den Militärdienst eingetreten, einige Tausend sind an keiner Hochschule eingeschrieben; insgesamt stehen danach etwa 44000 deutsche Universitätsstudenten, das sind 83 vom Hundert, im Felde, in der militärischen Ausbildung oder im Krankendienste.

Die einzelnen Studienfächer sind relativ ähnlich beteiligt wie vor Kriegsausbruch. Am stärksten ist die Abnahme bei denjenigen Studien, die von Ausländern bevorzugt waren: Medizin, Staatswissenschaften und Landwirtschaft.

Wissenschaftliche Nachrichten. In der medizinischen Fakultät der Berliner Universität hat sich Dr. Paul Schaefer für Frauenheilkunde habilitiert. In seiner Antrittsvorlesung behandelte er den serologischen Nachweis der Schwangerschaft. Dr. Paul Schaefer ist Assistenzarzt in dem von Geheimrat Pupm geleiteten klinischen Universitätsinstitut für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe.

Der Privatdozent der pathologischen Anatomie und der allgemeinen Pathologie, Professor Dr. Walter Dibbelt an der Universität Tübingen (zurzeit im Felde) ist zum Prosektor des neuen städtischen Krankenhauses in Mainz ernannt worden.

Der bisherige Privatdozent in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät, Professor Lic. Dr. Wilhelm Poppelmann wurde zum außerordentlichen Honorarprofessor ernannt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Oestlich der Oder meist geringe, im Westen und Süden ziemlich starke Niederschläge, hauptsächlich Regenfälle.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit Regenfällen.

Statt besonderer Anzeige.

Heute entschlief sanft nach schwerem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter teurer Gatte, der treusorgende Vater meines Kindes, unser geliebter Sohn, Bruder und Schwager, Herr

Moritz Doernberg

im 43. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Marie Doernberg
geb. Levinger.

Erfurt, den 12. Februar 1916.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 15. Februar 1916, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium zu Gotha statt.

Amsterdamsche Bank

Amsterdam, Rotterdam,

Bankgeschäfte jeder Art.

Kartons u. Faltschachteln für alle Branchen liefert in bester Ausführung zu billigen Preisen Kartonnagenfabrik JULIUS BORCHARDT-BERLIN-O — Grüner Weg 118 — Bitte Offerte einzufordern.

Ich bin Käufer grosser Posten beschlagnahmefreier

Moltons und Sealkins

und ersuche um bemusterte Offerte.

Carl Harmus jr., Sonneberg S.-M.
Puppen- und Spielwarenfabrik.

Feinstes Restaurant, Wiener Küche unter Aufsicht des hiesigen Rabbinats. Mittelstrasse 60, a. d. Friedrichstr. Säle f. Festlichkeiten i. Hause.

Wein- u. Likörbranche.

Disponent-Correspondent

sofort gesucht für gr. Firma im Osten. Off. u. So. D. 4227 an Rudolf Mosse, SW. 19, Jerusalemstr. Vorstell. bis Mittwoch in Berlin.

Koks f. Zentralheizung.

Franz Abromeit & Co., G. m. b. H., W. 9, Potsdamerstrasse 132. Amt Lützow 1531/32.

Leipzig. Neu eröffnet. **Hôtel Nord-Deutscher Hof.** Lift. Warmwasserh., Zimmertel. etc. am Hauptbahnh., Löhnstr. 4, ruh. Lage. Zim. m. kompl. Frühst. M. 3.25.

Kerzen,

Komposition, dunkle Farbe, 6000 kg, im ganzen oder in einzelnen Kisten à 70 kg gibt billig ab: F. Wodtke, Bromberg. Fernsprecher 15 u. 16.

Einen gangbaren Weg, gesiernte

Buchhalter zu entbehren

erfahren Firmen durch renommierten Buchfachverständig. (Revis.) J. S. 1042 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wegen Auflösung des Geschäfts

Ausverkauf feinster Perlen u. Juwelen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Leonhardt & Fiegel
Königliche Hofjuweliere
Berlin W. 8, Taubenstr. 35

Atelier Rudolf Mosse

Ziehung unwiderruflich am 23., 24., 25., 26. Februar

Rote Kreuz Geld-Lose à 3,50 Mark

Porto und Liste 30 Pfg. extra, Nachnahme 20 Pfg. teurer.

noch zu haben bei: **Emil Haase** Berlin 186, I. Etage Altmoabit 84a

Laden-Verkauf: Königstr. 57 Ecke Spandauer Str. Rosenthaler Str. 71 (am Tor.)

Sanatorium Grunewald
Inh. Frau Helene Meyer. Tel. Uhl. 321—323. Leit. Arzt: San.-Rat Dr. Weber. 39—47 Hagenstrasse Berlin-Grunewald.

Steuer-Angelegenheiten jeder Art bearbeitet Steueranwalt W. Falkenberg, früherer Stadtrat und langjähriger Dezernent der Königlichen Veranlagungskommission, Berlin C. 22, Alte Schönhauser Strasse 32. Sprechstunde: werktäglich von 9—1. 3—6 im eigenen Hause. (Tel. Norden 4187.)

Sano-Kapseln regelmäßig täglich eine Kapsel, erhöhen Lebensfrische, Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft gegen Ueberanstrengung und Krankheitsgefahr. 20 Stck. 2,80 M. Zu beziehen in Apotheken und Drogerien; wo nicht erhältlich, direkt portofrei durch die Firma Spiecker & Co., Berlin-Steglitz.

Holland.

Deutscher, bereits zehn Jahre in Amsterdam, bietet seine Vermittelung für allerhand Geschäfte an. Ist auch gewillt, Vertretungen zu übernehmen. Kontor und Lagerraum vorhanden. Frco.-Briefe u. 5120 an Schfardt's Centr.-Annonc.-Bureau, Amsterdam.

Club-Sessel u. Sofas echt Leder u. Gobelin, wie neu kurze Zeit in der Gross. Kunst-Ausstellung Dahlheim gestand., verk. sehr preiw. **H. Lipke, Koch-Str. 8** wochent. b. 8 Uhr Ab., Sonntag 12-2.

Stephan'sche Leibbinde

D. R. P. — D. R. G. M.
Beste Binde! — Einfachster Verschluss (vorn) — Sitzt ohne Schenkelriemen.
Prospekt B II frei durch den Fabrikanten. Dieselbe Binde in einfacher Ausführung, für unsere Feldgrauen geeignet. Bester Schutz gegen Erkältung. Kein lästiges Rutschen. — Preis 2,50 M.
Karl Stephan, Ilsenburg/H.

Hundekuchen in Tafeln
10 Pfd. 4.50 50 Pfd. 22.25
25 „ 11.25 100 „ 44.—

Kraftgeflügelfutter
10 Pfd. 2.50 100 Pfd. 24.—
verkauft F. Wilh. Lutze, Berlin W., Mansteinstr. 17. Wiederverk. erh. Rabatt.

Holland.

Ein in Amsterdam ansässiger, strebsamer Kaufmann empfiehlt sich für die Wahrnehmung kaufmännischer Interessen. Alle gewünschten Auskünfte über den An- und Verkauf von Waren aller Art werden gern erteilt, und Aufträge werden gewissenhaft ausgeführt.
Adresse: L. Schönfeld, Amsterdam, den Texstraat 43.

Rizinus-Oel
kauft jedes Quantum
Heinr. Keller, Düsseldorf, Gladbacherstr. 19.

Sichere Hilfe gegen Magen- u. allgemeine Schwäche

durch unser bewährtes, hochreelles Digestivum u. Kraftgetränk. Es ist zur schnellen Genesung magenkranker und geschwächter Krieger besonders geeignet und wird in Lazaretten ärztlich verordnet.
Dresden, schrieb uns: „Ich möchte Ihnen doch nicht die günstigen Hofrat Dr. Schramm, Oberarzt am Carola-Krankenhaus, Erfolge verschweigen, welche ich mit dem mir gütigst übersandten Quantum auf meiner Abteilg. bei neurasthen. Verdauungsschwäche u. nervöser Dyspepsie erzielt habe. Auch in der Privatpraxis habe ich fast täglich Gelegenheit, das Mittel zu verordnen, dessen schnelle Wirkung in einzelnen Fällen ich ganz Überraschend fand."
Verlangen Sie weitere Auskunft und ärztl. Gutachten gratis oder sofort 1 gr. Fl. M. 3 od. 1 kl. Probefl. M. 1.75 portofrei von Klewe & Co., Nährmittelfabr. Dresden, P. 354.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 82. Berlin, Montag, 14. Februar 1916. Abend-Ausgabe.

Hypothekenbankberichte.

Die schwierige Lage der Hausbesitzer

ird jetzt mehr und mehr in den Jahresberichten der Hypothekenanken gewürdigt. Besonders bemerkenswerten Ausführungen gegnen wir in dem Geschäftsbericht der

Westdeutschen Boden-Kredit-Anstalt,

hd zwar legt dieses Institut, ebenso wie letzthin die Rheinisch-Westfälische Boden-Kredit-Bank, namentlich die Vorteile der mortisationshypothek dar. Die Bank führt u. a. folgendes aus: Unser Hypothekenbestand betrug Ende 1915 119 466 106 M. gegenüber 120 730 740 M. Ende 1914. Die Minderung rührt insbesondere aus dem Umstande her, dass von unserem ganzen Hypothekenbestand über 73 pCt. in Tilgungsdarlehen angelegt sind. In m jährlichen durch Tilgung zurückzuzahlenden Betrag, der jetzt hon über 10 pCt. der im Tilgungsdarlehen dem Nennbetrag nach gelegten Summe ausmacht, liegt nicht nur eine ausserordentche, für die Bank selbst und ihre Pfandbriefgläubiger nicht hoch nug zu schätzende Sicherheit, sondern die Tilgung enthält auch nen Wertausgleich, der in Zeiten rückläufiger Preisbewegung f dem Haus- und Grundstücksmarkt unseren Hypothekenangen ausserordentlich zustatten kommt, und der für den Hausgentümer infolge der ganz allmählichen Zurückzahlung und sts gleichbleibenden Leistung nicht drückend wirkt. Es ist cht zu verkennen, dass die Einführung des Tilgungsdarlehens d die Durchführung des von uns von jeher geübten Grundtzes, für die Ausbreitung des Tilgungsdarlehens zu wirken, elfach auf erheblichen, oft nicht zu überwindenden Widerstand r Darlehnssuecher stiess, die die kleine jährliche Mehrleistung, sonders in Zeiten reichlichen Kapitalangebots, zu übernehmen lehnten. Die Schuldner, die sich vor Jahren schon unseren Berebungen angepasst haben, fühlen und würdigen heute sehr hl die grossen Vorteile, die wir ihnen durch die Gewährung kündbarer Tilgungsdarlehen boten und bieten. Auch von den Berichtsjahr fällig gewordenen Hypothekgeldern verlängerten r einen erheblichen Teil als Tilgungsdarlehen, boten aber auch hlweise andere Belassungsarten an, so dass daneben Abhlüsse mit Belassung auf zehn Jahre oder auf kurze Zeit geigt wurden. Die Bedingungen hinsichtlich Zins und Belassungsbühr, soweit eine solche überhaupt in Ansatz gebracht wurde, gen in keinem Falle über die hinaus, die im Frühjahr 1914 gelmässig bei uns Geltung hatten, bewegten sich vielmehr rchweg darunter. Für den Hausbesitz ist Erleichterung r steuerlichen Belastung, mag es sich um Staats- er Kommunalabgaben handeln, um Wertzuwachsabgaben oder schwere Auflagen für Anliegerkosten, nötig. Nötig sind aber ner auch Massnahmen, die Anlage von Geldern in zweitselligen Hypotheken zu stärken. Einzelne Gesetzesändenngen haben hier schon fördernd eingegriffen und werden sich ch langsam in entsprechendem Masse fühlbar machen. Soge aber der Besitzwechsel überhaupt und derjenige anlässlich er Zwangsversteigerung im besonderen mit derartig hen Abgaben belastet ist wie jetzt, wird zum mindesten das ivatkapital von der Anlage in zweitstelligen Hypotheken abschreckt bleiben. Dass mit der längeren Dauer des Krieges e wirtschaftlichen Schäden wachsen, manche an sich schon cht kräftige Existenz, die bei steigender Wirtschaftsentwicklung Frieden sich wohl hätte aufrecht halten können, nicht standlt, dass mit der zunehmenden Teuerung und der infolge Leerhens von Wohnungen oder sinkender Mieten vielfach zurückenden Rente der Hausbesitzer nicht immer in der Lage ist, Lasten zu tragen, und dass die Hypothekgläubiger infolgesen nicht nur mit Zins-, sondern auch möglicherweise mit pitalverlusten zu rechnen haben werden, wenn diese auch vielht erst nach Friedensschluss in Erscheinung treten dürften, d Tatsachen, denen sich eine vorsichtige Verwaltung nicht verliessen kann. Wenn wir auch in Anbetracht der schwierigen ge, in der sich der Hausbesitz schon in den letzten Friedensren befand und sich seit Kriegsausbruch in noch verstärktem sse befindet, mit dem Jahreserträgnis und dem Zinseingang hältnismässig noch recht zufrieden sein dürfen, so lässt sich h nicht verkennen, dass die Zinsrückstände weiter etwas zuommen haben, dass die Zahl der Zwangsverwaltungen, die von ter Seite und von uns selbst eingeleitet werden mussten, gegen ist, dass die Einbringlichkeit der einmal rückständig gedenen Zinsen sich weiter verringert hat. Dass auch der rt der beliehenen Anwesen infolge der Minderung der Rente t und damit die Sicherheitsgrenze der Hypotheken in Mitenschaft gezogen wird, ist eine notwendig sich ergebende wirtftliche Folge, die bei unserem Institut gerade durch den hohen rag der Tilgungsdarlehen sich gewiss nur in dem denkbar ngsten Umfang geltend machen wird.

Soviel aus den allgemeinen Ausführungen der Westdeutschen enkreditanstalt. Der Ueberschuss der Bank für 1915 beziffert auf 932 588 M. gegen 953 972 M. für 1914. Dabei ist zu ernnen, dass die Abschreibungen auf Zinsen und ebenso die auf rtpapiere vorweg von dem Erträgnis gekürzt sind. Die befende Gesamtabschreibung beläuft sich auf 125 000 M. (in 1914 000 M.), wovon 82 821 M. auf Zinsrückstände entfallen. In der nz führt die Bank nur noch 12 142 M. Zinsrückstände an, die r inzwischen bereits eingegangen sind. Von dem Recht, die ndbriefagiorücklage in Anspruch zu nehmen, hat das Institut Gegensatz zu den meisten anderen keinen Gebrauch gemacht. diesmal hieraus verfügbare Betrag beläuft sich allerdings nur 11 136 M. und ist ebenso wie der aus dem Pfandbriefvertriebsschäft entstandene Mehrerlös von 34 920 M. der Disagiorücklage rwiesen worden. Diese beläuft sich nunmehr auf 684 862 M. dem oben erwähnten Ueberschuss werden wieder 6 pCt. dende = 600 000 M. gezahlt. Der Hypothekenrücklage, die dem Gewinn des Jahres 1914 120 000 M. erhielt, und der im fe des Jahres 1915 7634 M. entnommen wurden, fliessen jetzt 34 M. zu, wodurch sie auf 210 000 M. steigt. Auf neue Rechg werden 140 346 M. (i. V. 138 337) vorgetragen. Aus der Bilanz en wir den Hypothekenbestand mit 119 466 106 M., wovon 00 M. nicht in das Hypothekenregister eingetragen sind, bewähnt. Wir nennen ferner Grundschulden 99 384 M. 794), Debitoren 2 091 910 M. (2 691 597), wovon 1 960 379 M. 5 547) auf Bankguthaben entfallen. Wertpapiere sind mit 767 M. (1 709 642) in die Bilanz eingesetzt. Der Pfandbriefauf ist von 113 496 300 M. auf 113 231 400 M. zurückgegangen.

Die

Bayer. Hypotheken- und Wechselbank

ckt ihrem Geschäftsbericht ebenfalls eine ausführliche Erörte- der Gesamtlage des deutschen Hausbesitzes voraus. Das itut geht dabei aber nicht so sehr auf die allgemeinen Mass- ln zur Abhilfe der in der Boden- und Realkreditwirtschaft orgetretenen Mängel ein, als vielmehr auf ihre eigene schäftspolitik, die sie zur Milderung und Ausgleichung bei ihrer Kundschaft aus der allgemeinen Notlage stammen- Missstände im Jahre 1915 verfolgt hat. „Wir haben," so eibt das Institut, „alle der Entscheidung unterstehenden zelnen Fälle, wie sie in unerschöpflicher Fülle und nigfaltigkeit bei einer Hypothekenverwaltung von und Mill. M. sich aufdrängen, nach bestem Ermessen geprüft, er- en und entschieden. Wo immer es in unserer Macht lag und unserer Verantwortung vereinbar war, haben wir solide Vernisse gestützt und uns bemüht, durch Gewährung von Zuzdarlehen, Verlängerung ablaufender Hypotheken, Verebung fälliger Leistungen, weitgehendste Nachsicht gegenüber erwachsenen Rückständen und schonendste Bemessung der schuldnerischen Gegenleistungen den Druck, der auf vielen Gruppen des Erwerbslebens liegt, zu erleichtern."

Auch während des Berichtsjahres hat der Absatz der 4proz. (in Bayern mündelsicheren) Pfandbriefe der Bank nicht gestockt, sondern sich nach dem Geschäftsbericht wider Erwarten günstig entwickelt. Aus der Statistik ist hierzu zu erfahren, dass der betroffen hat; die 3½proz. Pfandbriefe sind in höherer Zahl, als 4proz. abgesetzt wurden, zurückgeflossen. Der Umfang des Verkaufes der 4proz. Pfandbriefe gestattete, wie das Institut bemerkt, mit Leichtigkeit alle für das Hypothekdarlehensgeschäft erforderlichen Gelder fortlaufend zur Verfügung zu stellen, zumal bei der guten und auskömmlichen Situation der Landwirtschaft einerseits, dem in den Städten fast allerorts fortdauernden Ueberangebot von Mieträumen zu Gewerbs- und Wohnungszwecken andererseits, reichliche Mittel nicht erforderlich waren. Auch in diesem Kriegsjahr ist jeder auf bayerische Immobilien bezügliche Darlehensantrag zur sachgemässen Prüfung gelangt und hat stets Genehmigung gefunden, wenn die Qualität des Pfandobjektes eine Überzeugende und nachhaltige Sicherheit des Darlehenskapitals gewährleistete. Die Verlängerung der nach zehnjähriger Vertragsdauer abgelaufenen Hypotheken erfolgte, so schreibt die Bank weiter, wie bisher durchgängig auf der Basis der schon in der Friedenszeit usuellen Bedingungen, grösstenteils auf neuerdings zehn Jahre mit einem Zinssatz von 4½ pCt. und einer einmaligen Vergütung (als Beitrag zur Talonsteuer und zu sonstigen Spesen) von ca. 1 pCt.; vielfach angestrebte Umwandlungen von Zinsdarlehen in Amortisationsdarlehen wurden von der Bank bereitwilligst vorgenommen. Wenn der Schuldner im Gegensatz zu unserer eigenen Anschauung eine kurzfristige Regelung auf ein bis zwei Jahre für sich vorteilhafter erachtete als eine zehnjährige Verlängerung, wurde jederzeit bei gegebener Sicherheit auch dieser Wunsch zu 4½ pCt. Zins und gegen eine kleine Entschädigung von höchstens ⅛ pCt. pro anno erfüllt. (Inzwischen hat sich die Bank der vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes herbeigeführten Vereinbarung über die Verlängerung von Hypotheken während des Krieges angeschlossen, nach der die Verlängerung bis frühestens ein halbes Jahr nach dem Kriege zum Zinsfuss von höchstens 4½ pCt. ohne jede besondere Vergütung erfolgt.) Die Bank weist in diesem Zusammenhange noch darauf hin, dass nach dem für die Besitzer der Pfandbriefe des Instituts günstigen System ein den eingegangenen Tilgungsquoten auf Amortisationsdarlehen entsprechender Betrag der Pfandbriefe behufs Rückzahlung zum Nennwerte verlost werden musste, und dass dadurch den Besitzern der Pfandbriefe im Berichtsjahre allein rund 1,1 Mill. Mark als Disagiogewinn zugeflossen ist.

Was das Geschäftsergebnis der Bank, die neben dem Hypothekenbankgeschäft auch das Kreditbankgeschäft betreibt, betrifft, so ist dabei vorweg zu berücksichtigen, dass der Bestand an Registerhypotheken sich von 1 187 930 031 M. auf 1 177 338 766 Mark ermässigt hat und der Pfandbriefumlauf von 1 181 004 900 Mark auf 1 167 299 100 M. zurückgegangen ist. Von der Vorjahrszahl sind, um den Nettoumlauf zu ermitteln, 1 225 900 M. und von der diesjährigen Zahl 5 414 600 M. Pfandbriefe in eigenem Besitz abzusetzen.

Wenn trotz des Rückganges des Hypothekenbestandes die Hypotheken(zins)erträgnisse ihrem Bruttobetrage nach um einige hunderttausend Mark, nämlich von 50 148 075 M. auf 50 415 173 M. gestiegen sind, so dürfte das seine Erklärung in den zum Teil erhöhten Jahresleistungen der Darlehnsschuldner sowie in der Verminderung gewisser Selbstkosten der Bank (wie Provisionen) finden. Der Zinsrückstand am 31. Dezember 1915 belief sich auf 4 455 947 M. (3 882 082); 427 826 M. davon stammen aus dem Jahre 1914. Die Zinsen der umlaufenden Pfandbriefe erforderten 43 924 911 M. (43 686 633). Die Differenz zwischen Aktiv- und Passivzinsen hat sich demnach von 6 461 440 M. auf 6 490 262 Mark gesteigert. Ferner erbrachten u. a.: Provisionen 220 944 M. (230 042), Effekten 1 259 449 M. (559 810), Wechseldiskonte 2 277 806 Mark (1 916 568), Beteiligungen 1 205 710 (1 195 176), Kontokorrent, Depositen, Provisionen 3 325 159 M. (3 663 225). Andererseits erforderten Verwaltungskosten 4 457 078 M. (4 235 258), Zinsen auf Geldeinlagen 265 020 M. (284 268). An Disagiogewinn wird in die Gewinnrechnung ein Betrag von 183 200 M. (190 800) eingestellt, während der freigewordene Betrag aus der Agioreserve sich auf wieder 30 736 M. beläuft.

Als Ueberschuss ergibt sich einschliesslich eines Gewinnvortrags von 912 771 M. (1 158 167) ein Betrag von 10 786 477 M. (10 490 416), dessen Verteilung wie folgt vorgeschlagen wird:

	1915 M.	1914 M.
Tantiemen	132 474	127 644
Talon- und Spezialreserve	350 000	350 000
Kriegsfürsorge	300 000	—
Dividende	14 pCt. = 9,1 Mill.	unverändert

Zum Vortrag auf neue Rechnung bleiben danach 904 003 M. übrig.

Zu dem von uns schon mitgeteilten Antrag auf Aufnahme des Kommunaldarlehnsgeschäfts schreibt die Verwaltung zur Erläuterung im Bericht:

Der Kreditbedarf der Gemeinden konnte, soweit die Befriedigung bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gesucht wurde, zurzeit des Inkrafttretens des Hypothekenbankgesetzes in ausreichendem Masse durch Darlehnsbewilligung aus dem Fonds unserer früheren Versicherungsabteilung, späterhin nach deren Abtrennung aus Mitteln der Bayerischen Versicherungsbank, unserer Tochtergesellschaft, gedeckt werden, deren Vermögensverwaltung, soweit Hypotheken und kommunale Darlehen in Frage stehen, auch heute noch auftragsgemäss von uns besorgt wird. Seit dem Jahre 1900 ist jedoch der Kreditbedarf der Gemeinden in ganz ausserordentlichem Masse fortlaufend gestiegen und nach Beendigung des Krieges wird sicherlich ein Kreditbedürfnis der Kommunen in solcher Höhe zutage treten, dass heute schon erwogen werden muss, wie unser Institut dazu beitragen kann, auch auf diesem ihm naheliegenden Geschäftsgebiete den sich meldenden öffentlichen Interessen zu dienen.

Aus der Bilanz sind zu nennen: Kasse, Sorten, Coupons 5 520 529 M. (4 867 723), Wechsel und Schatzanweisungen 42 494 994 Mark (50 425 283), Nostroguthaben bei Banken und Bankiers 4 918 926 M. (14 895 548), Effekten 31 628 798 M. (19 802 703), Beteiligungen bei Banken und Bankfirmen 11 086 750 M. (11 087 520), gedeckte Debitoren 85 352 608 M. (84 070 883), Kreditoren 76 444 319 M. (74 523 864). Zu der oben erwähnten Kriegsrücklage von 300 000 Mark schreibt die Bank im Bericht: „Wenn auch für niemand die Dauer des Krieges absehbar ist, glaubt doch die Verwaltung heute schon durch eine Rücklage für ideale vaterländische Interessen in der Richtung Vorsorge treffen zu sollen, dass die Bank nach Kriegsende in der Lage ist, eine namhafte Summe zu grossen charitativen Zwecken noch näher zu bestimmender Art zur Verfügung zu halten; wir glauben mit dem Vorschlage, in dem vorbezeichneten allgemeinen Sinne 300 000 M. zunächst in Reserve zu stellen, der freudigen Zustimmung der Aktionäre sicher zu sein."

✱ **Die Pongs Spinnereien und Webereien Akt.-Ges.** in Odenkirchen schütten, wie schon mitgeteilt, für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 20 pCt. auf die Vorzugsaktien und 14 pCt. auf die Stammaktien aus, nachdem das Unternehmen 5 Jahre lang dividendenlos geblieben war und im vorigen Jahre eine Sanierung vorgenommen hatte. Nach dem Gewinn- und Verlustkonto betrug der Ertrag auf Warenkonto 1 047 851 M. (i. V. 587 951). Zinsen erbrachten 37 971 M. (—). Das Mietertragkonto stellt sich auf 5146 Mark (6461); dagegen erforderten die Handlungsunkosten 509 365 Mark (385 183). Für Kriegsgewinnsteuer werden 130 000 M. vorweg zurückgestellt. Die Abschreibungen werden auf 28 593 M. (65 854) bemessen. Der Ueberschuss stellt sich auf 428 877 Mark, nachdem die im Vorjahre von 394 685 M. auf 272 014 M. zurückgegangene Unterbilanz getilgt ist. Auf neue Rechnung werden 129 204 M. vorgetragen. Die Auszahlung der Dividende erfordert 271 080 M. Ueber die Geschäftslage bemerkt die Verwaltung, dass sie die Betriebe bis Mai voll und lohnend beschäftigen konnte. Später ging die Gesellschaft zu Betriebseinschränkungen über, obschon sie mit Heereslieferungen hinreichend beschäftigt war. Die Läger in Geweben sind geräumt. Der Gesamtumsatz betrug 4,4 Mill. M. (3,1). In der Bilanz erscheinen Grundstücke mit 217 286 M. (319 452), Gebäude mit 256 404 M. (669 800), Maschinen mit 209 013 M. (498 903), Wechsel mit 9968 M. (13 866), Wertpapiere mit 641 875 M. (—). Der Effektenbestand besteht aus Kriegsanleihe, darunter 130 000 M. als Sonderrücklage für Kriegsgewinnsteuer. Debitoren schulden 1 153 627 M. (1 119 495). Kreditoren haben 266 624 M. (616 204) zu fordern.

✱ **Der Revisionsausschuss bei den Eisen- und Fittings-Werken** in Velbert, der in der letzten Generalversammlung dieser Gesellschaft gewählt worden war, teilt das Folgende mit:

Auf verschiedene an uns ergangene Anfragen können wir berichten, dass der Revisionsausschuss seine Tätigkeit als abgeschlossen betrachtet und die schleunige Einberufung der ausserordentlichen Generalversammlung beantragt hat. Der Ausschuss hat sich nicht damit begnügt, tatsächliche Feststellungen hinsichtlich der ausgewiesenen Unterbilanz zu machen, sondern ist auch bemüht gewesen, diese möglichst aus der Welt zu schaffen. Ein Teil des Aufsichtsrats war einsichtig genug, die Hand zu einer Verständigung zu bieten. Aber auch einige Grossaktionäre haben sich im Interesse der Gesundung des Werkes bereitfinden lassen, namhafte Beträge beizusteuern, so dass der grösste Teil der Unterbilanz gedeckt werden konnte. Gegen die Aufsichtsratsmitglieder, die zu einer Verständigung nicht bereit sind, wird beantragt, Regressklage auf Zahlung von 300 000 M. bar anzustrengen. Nach dem Urteil hervorragender Juristen ist der Erfolg um so unzweifelhafter, als durch das Verhalten des verständigen Teils des Aufsichtsrats die Regresspflicht anerkannt ist. — Die finanzielle Lage des Werkes ist jedenfalls gesichert, zumal es mit Heereslieferungen flott beschäftigt ist.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft für 1914/15 schloss mit einem Fehlbetrage von 369 371 M., der in der letzten Generalversammlung darauf zurückgeführt worden war, dass der inzwischen entlassene frühere Vorstand Geschäfte gemacht habe, die sich zum Nachteil der Gesellschaft entwickelt hätten. Die Generalversammlung gab sich jedoch mit dieser Erklärung nicht zufrieden, sondern verlangte mit grosser Stimmenmehrheit, dass die Regressklage hinsichtlich des Aufsichtsrats untersucht werden sollte. Zu diesem Zwecke wurde dem Aufsichtsrat die Entlastung verweigert, die Beschlussfassung über die Bilanz vertagt und der Revisionsausschuss gewählt, der über seine bisherige Tätigkeit jetzt den oben wiedergegebenen Bericht erstattet hat. Es muss als dringend erwünscht bezeichnet werden, dass noch vor der am 7. März stattfindenden Generalversammlung der ausführliche, den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Revisionsbericht den Aktionären mitgeteilt wird.

✱ **Von der heutigen Züricher Börse** werden uns folgende Devisenkurse telegraphiert: London Geld 24,95 Brief 25,05 (12. Februar 24,95, 25,07), Berlin Geld 98,10 Brief 98,50 (97,50, 80), Paris Geld 88,80 Brief 89,20 (89, 89½), Italien Geld 77,00 Brief 78 (77, 77,85).

✱ An der Börse

war heute nach der ruhigeren Geschäftsentwicklung an den letzten Tagen ein frischerer Zug unverkennbar. Dazu trugen sowohl die Nachrichten von den Kriegsschauplätzen, als auch die Meldungen aus Amerika bei. Schliesslich wirkte das offiziöse Dementi der rumänischen Regierung hinsichtlich einer rumänischen Anleihe in England gleichfalls anregend auf die Börse ein, um so mehr, als am Sonnabend ein Artikel eines Schweizer Blattes über die politischen Absichten Rumäniens ungünstig ausgelegt worden war. Wie schon gegen Schluss der letzten Woche wandte sich heute das Interesse stärker den längere Zeit wenig beachtet gewesenen westlichen Montanwerten zu, von denen namentlich die Aktien der Phönix-Gesellschaft und des Bochumer Vereins anziehen konnten. Auch oberschlesische Montanwerte, so die Aktien der Bismarck-Hütte, der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft und der Oberschlesischen Eisenindustrie waren gebessert. Eine sehr feste Haltung bekundeten die Aktien von Rüstungswerken, besonders die der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Köln-Rottweiler Pulverfabriken usw. Auch Automobilaktien waren durchweg höher, namentlich die Aktien der Daimler-, Benz- und Horch-Werke. Ferner wurden die Aktien der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke, der Schwartzkopff-Werke, des Sachsenwerks, der Sächsischen Gussstahlfabrik Döhlen, der Victoria-Werke, der Zimmermann-Werke, der Accumulatorenfabrik Hagen u. a. zu höheren Kursen lebhaft umgesetzt. — Die Aktien der Deutschen Erdölwerke waren nach festem Anfang späterhin etwas abgeschwächt. Die kürzlich als aussichtsreich erwähnten Verhandlungen mit der Bahnfirma Caupenmühlen u. Co. hinsichtlich einer Auseinandersetzung über die beiderseitigen Beteiligungen an der Raffinerie „Austria" haben zu einem Ergebnis derart geführt, dass die Deutschen Erdölwerke die Laupenmühlensche Beteiligung übernommen haben. Gerüchte über andere schwebende Transaktionen bei der Gesellschaft werden uns als unzutreffend bezeichnet. — Russische Bankaktien waren wieder gesucht.

Am Rentenmarkt wurden heimische Anleihen, besonders Kriegsanleihen, etwas höher. Ferner waren türkische und rumänische Anleihen gesucht, griechische und japanische eher etwas abbröckelnd.

✱ **Am Geldmarkt** war heute tägliches Geld mit 4 pCt. und darunter erhältlich, also etwas leichter als am Sonnabend. Der Privatdiskont stellte sich wie an den letzten Tagen auf 4¾ pCt. und darunter. — Für fremde Zahlungsmittel wurden heute folgende amtliche Kurse festgesetzt (in Mark):

Telegraphische Auszahlungen		14. 2. Geld	14. 2. Brief	12. 1. Geld	12. 1. Brief
New York	Dollar	5,31½	5,33½	5,30½	5,32½
Amsterdam	Gulden	227¾	228¼	227¾	228¼
Rotterdam					
Kopenhagen . . .	Kronen	152¼	152¾	151¾	152¼
Stockholm	Kronen	152¼	152¾	151¾	152¼
Christiania	Kronen	151¾	152¼	151¼	151¾
Basel	Franken	101⅞	102⅛	101⅝	101⅞
Zürich					
Wien	Kronen	69,95	70,05	70,20	70,30
Budapest					
Bukarest . . .	Lei	84⅞	85⅜	84¾	85⅜
Sofia	Leva	77	78	77	78

Im „freien Verkehr" waren Rubelnoten gebessert.

✱

Im heutigen Warenverkehr wurden folgende Preise bekannt: Maismehl, rumänisches, rollend je nach dem Datum der Abladung von Rumänien 86—91 M., loko Dresden 92—96 M., loko Berlin 93—97 M. in Waggons für 100 kg.

Handel und Verkehr.

✱ **Verlängerung der Prioritätsfristen für Patentanmeldungen** in Dänemark und Ungarn. Der Reichskanzler macht bekannt, dass die in der Pariser Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums (vom 2. Juni 1911) vorgesehenen Prioritätsfristen nunmehr zugunsten der deutschen Reichsangehörigen in Dänemark weiter bis zum 1. Juli 1916, in Ungarn, soweit sie nicht vor dem 31. Juli 1914 abgelaufen sind, bis zu einem später bekanntzugebenden Zeitpunkt verlängert worden sind. Es handelt sich um eine Gegenseitigkeit-Massregel, auf Grund deren den deutschen Patentanmeldern in den genannten Staaten — ebensowie den Angehörigen dieser Länder bei uns — die Wahrung der Anwartschaft bzw. des Erstrechts auf die beantragten Patente während der verlängerten Frist gesichert ist.

✱ **Erweiterung der staatlichen Zwangsverwaltung** ausländischer Unternehmungen. Der Bundesrat hat durch Verordnung bestimmt, dass der zwangsweisen Verwaltung französischer Unternehmungen ausser der Niederlassung solcher Unternehmungen und ausser Grundstücken auch einzelne Vermögenswerte unterliegen, die zu einem Unternehmen dieser Art gehören, sowie Nachlassmassen. Aus besonderen Gründen können im Wege der Vergeltung auch noch anderweitige Vermögensteile feindesländischer Staatsangehöriger zwangsweise unter Verwaltung gestellt werden.

✱ **Erhöhung der Preise für Stroh.** Der Reichskanzler macht bekannt, dass die Höchstpreise für Stroh für die Zeit vom 14. Februar 1916 bis 30. April 1916 erhöht werden, und zwar steigert sich der Preis für Flegeldruschstroh von 50 M. auf 60 M. pro To., für gepresstes Stroh von 47,50 auf 57,50 M. und für ungepresstes Maschinenstroh von 45 auf 55 M. Der Höchstpreis für Häcksel in der angegebenen Zeit wird von 60 auf 75 M. erhöht. Gleichzeitig wird der Gewinn, den der Handel erzielen darf, der bisher auf 4 pCt. festgesetzt war, auf 8 pCt. gesteigert. Die in Frage kommenden Bestimmungen sind am 12. Februar in Kraft getreten.

✱ **Erleichterung für landwirtschaftliche Brennereien.** Die landwirtschaftlichen Brennereien, die nach dem 1. September 1902 betriebsfähig hergerichtet waren, sowie landwirtschaftliche Genossenschaftsbrennereien, die nach diesem Tage entstanden sind, werden für das Betriebsjahr 1915/16 von der ihnen durch das Branntweinsteuergesetz auferlegten Beschränkung hinsichtlich der Herkunft der zur Verarbeitung kommenden Rohstoffe befreit, d. h. sie dürfen, ohne dass ihre Steuerechte geschmälert werden, auch andere Erzeugnisse verarbeiten, während sie bisher in der Hauptsache auf ihre eigene Produktion an Rohstoffen beschränkt waren.

✱ **Alkaliwerke Sigmundshall Akt.-Ges.** in Bokeloh bei Wunstorf. Den Abschluss der Gesellschaft, bei der sich im Jahre 1914/15 der Vortrag auf neue Rechnung von 178 069 M. auf 172 069 M. verringerte, haben wir bereits wiedergegeben. Im Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, dass die Erhöhung der Kalipreise für einzelne Kalisorten und der Erlass der Reichsabgabe ernstlich nicht als ein Ausgleich für die gestiegenen Selbstkosten angesehen werden könnten, zumal da die Preiserhöhungen erst Anfang Oktober 1915 (also nach dem Ende des am 30. September abgeschlossenen Geschäftsjahres der Gesellschaft) in Kraft getreten seien. Die Kalipreise ständen in einem Missverhältnis zu den bedeutend gestiegenen Selbstkosten, so dass ein gewinnbringender Betrieb bei dem fast ganz fehlenden Auslandsabsatz ausgeschlossen sei. Was die Beteiligungen der Gesellschaft anlangt, so ergab das Geschäftsjahr bei der Phosphatfabrik Hoyermann G. m. b. H. einen Bruttogewinn von 260 922 (i. V. 98 730) M., aus dem eine Dividende von 10 pCt. (i. V. 0) zur Ausschüttung gelangte. Das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres scheine gleichfalls gut zu werden. — Bei der Gewerkschaft Weser wurden die Arbeiten an der Schachtanlage durch den Krieg in besonders empfindlicher Weise, namentlich durch das Fehlen geeigneter Arbeits- und Aufsichtskräfte, gestört. Trotzdem stieg der Vorschuss von Sigmundshall für Weser von 751 279 auf 1 119 557 M. Im Zusammenhang damit ist das Bankguthaben der Alkaliwerke von 484 805 auf 168 470 M. zurückgegangen, ferner ermässigten sich die Vorräte von 249 721 auf 135 884 M. und die Debitoren von 189 836 auf 141 544 M. Kreditoren sind von 194 909 auf 129 104 M. zurückgegangen.

Sinalco Akt.-Ges. in Detmold. Die Betriebseinnahme des Unternehmens ist im Geschäftsjahr 1914-15 weiter stark zurückgegangen, nämlich von 421 164 M. auf 291 810 M. Begründet wird das im Jahresbericht des Unternehmens mit der starken Beeinflussung des Inlands-, namentlich aber des Exportgeschäftes durch den Krieg, sowie mit den Preissteigerungen der zur Fabrikation nötigen Rohprodukte. Die Unkosten haben sich von 243 682 M. auf 180 806 M. verringert. Die Abschreibungen sind auf 30 783 M. gegen 48 672 M. bemessen worden. Dabei kam der Gesellschaft zustatten, dass, ebenso wie auf einigen anderen Konten, so auch auf dem Maschinen- und Gerätekonto nichts mehr abzuschreiben war. Zum Teil ist allerdings die Verringerung der Abschreibungen auch darauf zurückzuführen, dass ein kleinerer Beitrag als im Vorjahre auf das „Geschäftserwerbskonto" abgesetzt worden ist. Im Geschäftsjahre 1913-14 wurden zur Herabminderung dieses Kontos 30 000 M. verwendet, diesmal 25 000 M. Erhöht haben sich die Zinseneinnahmen, die diesmal 31 077 M. betragen, in 1913-14 aber nur 19 452 M. Der Reingewinn beläuft sich für 1914-15 auf 116 873 M. gegen 156 720 M. für 1914. Gleichwohl werden wieder 10 pCt. Dividende auf das Aktienkapital von 1 Mill. M. beantragt, der Aufsichtsrat lässt sich wieder 12 000 M. zahlen, Vorstand und Beamte bekommen an Tantieme 5843 M. gegen 8946 M. Die Dividende und die Tantiemen zusammen beanspruchen danach 117 843 M. oder mehr als der Reingewinn beträgt. Die Differenz wird dadurch ausgeglichen, dass der Gewinnvortrag aus dem Vorjahre von 43 505 M. auf 42 534 M. herabgesetzt wird. Sind sonach schon an und für sich Zweifel berechtigt, ob es angezeigt ist, eine Dividende von 10 pCt. auszuschütten, so verstärken sich diese Zweifel erheblich, wenn man sieht, dass unter den Aktiven der Bilanz das „Geschäftserwerbskonto" noch immer mit einem Betrage von 75 000 M. figuriert. Wir erwähnen weiter aus der Bilanz die Debitoren mit 239 786 M. (i. V. 255 816), Bankguthaben mit 202 486 M. (315 489), Kriegsanleihe mit 365 087 M. (146 375), Wechsel mit 111 656 M. (121 321), Fabrikationsbestand mit 195 574 M. (219 112). Unter den Passiven erscheinen die Reserven unverändert mit 130 000 M. Kreditoren haben sich von 63 470 M. auf 90 924 M. erhöht.

Die italienische Seidenstoffweberei. Der römische Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung" schreibt seinem Blatte: Der Verband der italienischen Seidenstoffabrikanten in Como hatte im letzten Jahr zu verschiedenen Malen die Aufmerksamkeit der Regierung auf die missliche Lage der Seidenweberei gelenkt, die durch die steigenden Rohseidenpreise und durch die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Kohlen und der Rohmaterialien für die Färberei hervorgerufen war. Die italienische Regierung hatte jedoch, im Hinblick auf die weit überwiegenden Interessen der auf die freie Ausfuhr angewiesenen italienischen Rohseidenindustrie, eine Einmischung auf diesem Gebiete ausdrücklich abgelehnt; ihre Bemühungen zwecks Beschaffung von Farbstoffen und Chemikalien und Verbilligung der Kohlenfrachten haben bisher keine grossen Erfolge gehabt. Der Verband hat nunmehr wiederum eine Versammlung abgehalten, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Es wurde zunächst festgestellt, dass die bisher an die Regierung gerichteten Eingaben nicht nur keinerlei Erfolg gehabt hätten, sondern dass das unbeschränkte Eintreten der Regierung zugunsten der Interessen der Rohseidenindustrie die Arbeit in den Webereibetrieben, in der Färberei und in den Hilfsgewerben immer misslicher gestaltet habe, ferner, dass die Regierung nicht die erforderlichen Massnahmen ergreife, um die ungeheure Verteuerung aller für die Seidenindustrie notwendigen Rohmaterialien zu bekämpfen. Die Regierung wurde neuerdings dringend ersucht, rasch die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um der wachsenden Krisis in der Seidenweberei zu begegnen, da heute schon die Mehrzahl der Firmen den Betrieb eingeschränkt hätte, und in kurzer Zeit alle Fabrikanten in die Notwendigkeit versetzt würden, zu ähnlichen oder zu noch schärferen Massnahmen zu greifen.

✱ **London,** 11. Februar. (Privat-Telegramm.) Die Bank von England bietet 10 Mill. Pfd. Sterl. einjährige russische Schatzwechsel zu 91 pCt. an. Der Ertrag ist zur Ablösung der am 22. Februar verfallenden Schatzwechsel in gleicher Höhe bestimmt. — Die Gummiausfuhr von den malaiischen Staaten betrug im Januar 4474 To. gegen 3473 To. im Vorjahr und 2542 To. im Jahre 1914. — Die London Electric Railway erklärte eine Jahresdividende von 1½ pCt. — Die Underground Electric Railway zahlt die vollen Zinsen. — Die London General Omnibus Co. erklärte eine Jahresdividende von 12 pCt. gegen 16 pCt. im Vorjahre.

✱ **Der Ausweis der Société Générale de Belgique** vom 10. Februar bietet im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Vorwoche folgendes Bild (in Fr.):

	10. Februar	5. Februar
Aktiva.		
Metallbestand und deutsches Geld	179 826 979	164 763 788
Guthaben im Auslande	10 528 528	9 582 397
Darlehne gegen Guthaben im Auslande	49 964 844	49 660 976
Darlehne gegen Schatzscheine ausländischer Staaten	1 360 000	1 360 000
Darlehne gegen Schatzscheine der belgischen Provinzen (gemäss Art. 6, Ziffer 7 der Vorschriften)	480 000 000	480 000 000
Wechsel u. Schecks auf belgische Plätze	56 647 968	55 679 690
Darlehne gegen inländische Wertpapiere	4 512 866	4 525 167
Sonstige Aktiven	8 001 043	7 890 875
Passiva.		
Betrag der umlaufenden Noten	616 845 507	605 370 832
Giroguthaben	164 424 476	158 545 086
Sonstige Passiven	9 572 245	9 546 905

Das Institut konnte demnach in der letzten Bankwoche seinen Metallbestand weiter erhöhen auf Kosten einer Vergrösserung des Notenumlaufs. Die Zunahme der umlaufenden Noten ist aber etwas geringer als die des Metallvorrates, da auf Girokonto Neueinzahlungen erfolgten.

☐ **Eine neue Petersburger Anleihe.** Die Petersburger Stadtverwaltung suchte bei der Regierung um die Genehmigung zur Aufnahme eines kurzfristigen Darlehens von 20 Mill. Rbl. nach. Hierzu kommt ein früheres, bereits genehmigtes Darlehnsgesuch von 11,5 Mill. Rbl., so dass die Verschuldung Petersburgs um 31 Mill. Rbl. wachsen wird.

Petersburger internationale Handelsbank. Einer Meldung der „Torgowo Promyschlennaja Gaseta" zufolge wird die Bank für 1915 nach grossen Abschreibungen und Rückstellungen 7 pCt. gegen 6 pCt. Dividende i. V. in Vorschlag bringen.

Dividenden.

In Vorschlag gebracht sind für:

Leipziger Vereinsbank wieder 6 pCt.
Sächsische Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Gnüchtel in Lauter 15 pCt. (i. V. 10).
Glasuritwerke Winkelmann Akt.-Ges. 14 pCt. (i. V. 8).
Handels- und Verkehrsbank in Hamburg 7 pCt. (i. V. 6).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 10. u. 11. Februar.

Abt. A.: Rudolf Wesener, Friedrichstr. 49a. Inh. ist Kfm. Rudolf Wesener, hier. — Schwager & Wulckow Metallwarenfabrik. Sitz jetzt Berlin-Schöneberg, Bennigsenstr. 25. — Waren- u. Möbel Credit Haus Paul Neugebauer Nachf. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Moses Rosenheimer. — A. Lewin. Persönlich. haft. Ges. Adolf Lewin †. Eine Kommanditistin ist eingetreten. — Lindenberg jr. Co. Ferdinand Gellhuysen ist ausgeschieden; die Kflte. Wouter Koppe in Amsterdam u. Heinrich Lindenberg in Berlin-Südende sind eingetreten. — Dr. Carl Schindler Barnay. Am 30. 9. 14 sind Bankdir. Ludwig Benkö in Wien u. Ing. Hans Schindler-Barnay eingetreten. Vertretung Flora Schindler allein, Ludwig Benkö u. Hans Schindler nur gemeinsam. — L. Zimmermann. Die Prokura des Gustav Raschke ist gelöscht. — Theodor Jahn Papier-Handlung. Inh. ist jetzt Carl Fendler, hier. — Bruno Goetz. Sitz jetzt Charlottenburg, Grolmanstr. 28. — Kayser & Trenner. Sitz jetzt Berlin, Besselstr. 14. — Drenckhahn & Sudhop. Prokurist Julius Bortfeldt. — Ernst Kunst. In Lyck ist eine Zweigniederl. errichtet. — J. Garbaty-Rosenthal Cigaretten-Fabrik J. Garbaty. Student Moritz Garbáty-Rosenthal in Berlin-Pankow ist eingetreten. — Gelöscht ist die Firma: Dr. Maximilian Riegel.

Abt. B. Blumenthal Schallplatten und Sprechmaschinen G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. Julius Blumenthal. — Büssing-Erholungsheim des Deutschen Kraftfahrer-Danks G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Oberleutnant a. D. Hermann Narath in Charlottenburg u. Archt. Alfred Liebig in Berlin-Schöneberg.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

✱ **Berliner Konkurse.** Schlusstermin findet statt beim Amtsgericht Berlin-Mitte im Konkurs des Georg Holz, Knabengarderobengeschäft in Berlin, Andreasstr. 40, früher Krautstr. 52, am 29. Februar, 11¾ Uhr; — beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg im Konkurs der Milch-Verwertungs-Genossenschaft Berlin-Friedrichstadt e. G. m. b. H. in Berlin, Lützowstr. 101, am 7. März, 11 Uhr. — Im Konkurs des Gastwirts Max Schütting, Weltrestaurant, in Hirschgarten findet am 1. März, 10½ Uhr, beim Amtsgericht Köpenick Termin statt zur Beschlussfassung über Einstellung des Verfahrens mangels Masse, Prüfung der Schlussrechnung und Festsetzung der Gebühren des Konkursverwalters und Gläubigerausschusses. — Aufgehoben infolge Schlussverteilung sind folgende Konkurse: Kfm. Herm. Heinrich, Krawattenfabrik in Berlin, Breitestr. 4, Wohnung Charlottenburg, Fritschestr. 54; Frau Hedwig George geb. Scholz in Berlin, Ackerstr. 137; Kfm. Richard Nathan, Herrenkonfektionsgeschäft, in Berlin, Brunnenstr. 72; Tischlermstr. Rudolf Gärtner in Berlin, Dresdener Str. 38.

✱ **Konkurs zweier rheinischer Aktiengesellschaften.** Die Akt.-Ges. für Apparate und Kesselbau in Stolberg 2 (Rheinland) ist in Konkurs geraten. Das in 1899 errichtete Unternehmen arbeitet mit 600 000 M. Grundkapital und hat den Abschluss für 1913/14 noch nicht veröffentlicht. In den Jahren vorher waren 7—9 pCt. Dividende gezahlt worden. — Die Akt.-Ges. für Feuerungsanlagen in Köln ist ebenfalls in Konkurs geraten. Die Gesellschaft besitzt 250 000 M. Grundkapital und hat seit Jahren keine Dividende mehr gezahlt.

VERKEHRS-NACHRICHTEN.

✱ **Ein Ausnahmetarif für eilgutmässige Beförderung von Getreide** und Hülsenfrüchten im Falle der Verwendung als Saatgut sowie von Gemüsesamen, Grassamen und sonstigen Feldsämereien wird nach einer der Handelskammer zu Berlin vorliegenden Mitteilung mit Gültigkeit vom 15. Februar bis 31. Mai 1916 (einschliesslich) auf den Strecken fast aller deutschen Staats- und Privatbahnen eingeführt. Es werden hierdurch Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Spelz, Buchweizen, Mais und Hülsenfrüchte im Falle der Verwendung als Saatgut, Gemüsesamen, Grassamen und sonstige Feldsämereien, wie Kleesamen, Seradella, Rübensamen, Sonnenblumenkerne, Zuckerhirse, Oelsaaten, Senf, sämtlich bei Aufgabe als Frachtstückgut, mit den Personen- oder Eilgüterzügen zu den Frachtgutsätzen befördert werden, soweit die Verwaltung nach den Betriebseinrichtungen und den Fahrplanbestimmungen de Benutzung deser Züge für zulässig erklärt. Der Tarif ist vom Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz, zu beziehen oder im Verkehrsbureau der Handelskammer einzusehen.

Fonds-Telegramme.

London, 12. Februar. (W. T. B.)

	12. 2.	11. 2.
2½% Engl. Konsols	58½	58⅝
5% Argentin. von 1886	96½	96½
4% Brasilian. von 1889	—	—
4% Japaner von 1899	71	71
3% Portugiesen	—	—
5% Russen von 1906	84½	84¼
4½% Russen von 1909	74½	74¼
Baltimore and Ohio	—	—
Canadian Pacific	185¾	186
Erie	—	40¾
Nat. Railways of Mex.	—	7⅞

	12. 2.	11. 2.
Pennsylvania	60	60
Southern Pacific	105⅜	105¼
Union Pacific	141¼	141⅝
Unit States Steel Corp.	88⅝	89
Anaconda Copper	19½	19
Rio Tinto	64½	64½
Chartered	10/9	10/8
De Beers def.	10¼	10⅜
Goldfields	1½	1½
Randmines	4⅛	4⅛

London, 12. Februar. Privatdiskont 5⅛ (5¼). Silber 26 15/16 (27).

✱ **Vom Petersburger Effekten- und Devisenmarkt** meldet uns ein Privat-Telegramm folgende Kurse:

	7. 2.	5. 2.
Russ. 4proz. Rente	76⅛	76 85
5proz. Anleihe v. 1905	88⅜	88⅜
Erste Prämienlose	*	621
Zweite Prämienlose	545½	546
Moskau-Kasan	433	431
Moskau-Rybinsk	212½	232½
Moskau-Woronesch	628	628
Südostbahnen	200	200
Wladikawkas Eisenb.	2075	2100
Erste Zufuhrbahn	60	58
Russ. Bk. f. ausw. Hdl.	327	327
Sibir. Handelsbank	525	517
Petersbg. Int. Hdlsbk.	324	324

	7. 2.	5. 2.
Petersb. Diskontobk.	344	344
Azow-Don-Komm.-B.	—	475
Baku Naphta	619	619
Nobel-Gesellschaft	1008	1015
Tula-Patronenfabrik	576	573
Briansker Schienen	142½	142½
Hartmann	174	175
Kolomna	162	162½
Malzew	246	246
Nikopol-Mariupol	165	165
Putilow-Werke	86½	87
Sormowo	163	164
Lena-Goldindustrie	552	545

Valuten: 10 Pfund Sterling am 7. Februar 159 (5. Februar 159). 100 Fr. = 57,00 (57,30), 100 Kronen = 93,00 (93,00, 93,25), 1 Dollar = 3,34 (3,37) Rubel.

WAREN-MARKT.

✱ **Vom deutschen Ledermarkt** wird uns geschrieben: Das Ledergeschäft zeichnet sich auf dem gesamten deutschen Markt durch lebhafte Nachfrage aus. Die angekündigte Abänderung der Höchstpreise für Leder hat die starke Einkaufbetätigung nicht aufzuhalten vermocht. Das Angebot ist zwar im allgemeinen noch immer recht klein. Es kommen aber steigende Mengen an den Markt, nachdem die Freigabe jetzt glatter erfolgt, und zahlreiche Gerbereien noch den Verpflichtungsschein unterzeichnet haben und wieder anfangen zu arbeiten. Die in Aussicht gestellte Regelung der Preise für Gerbstoffe hat bei diesen Firmen den Entschluss zur Wiederaufnahme ihrer Betriebe wesentlich gefördert. Bisher sind die Höchstpreise zwar noch nicht bekanntgegeben, aber man rechnet doch mit Sätzen, die sich den tatsächlichen Verhältnissen des Ledermarktes anpassen, d. h. die Ledererzeugung mit einem angemessenen Nutzen gestatten. Für die meisten Artikel des Marktes sind Höchstpreise eingeführt. Es kommt hin und wieder vor, dass kleine Pöstchen unter diesen Preisen abgegeben werden, aber im allgemeinen gelten die amtlichen Preise. Die Zahlungen erfolgen durchaus prompt. Der Jahreszeit entsprechend stehen Sohlen im Vordergrunde des Interesses, und zwar sowohl starke Sohl-, als auch Vacheleder. Mittelschwere und leichte Gewichte und Abfälle davon gehen infolge des ungenügenden Angebots in schweren Sortimenten auch recht flott ab. Die Schuhindustrie ist ununterbrochen Käufer für feinere sowohl, als auch für gröbere Oberleder. In Boxcalb-, farbigen und schwarzen Chromziegen-, Kalblack-, narbenlackierten Chrom-, auch Chromschafledern fanden sowohl auf frühere Schlüsse hin namhafte Ablieferungen, als auch neue Verkäufe statt. Fahlleder und Mastkalbleder, Rossbox und Rosschevreau sowie auch lohgares Rossleder sind auch gut zu verkaufen. In allen Militäreffektenledern geht das Angebot schlank fort. Dasselbe gilt von Sattlerleder und Ledern für technische Zwecke. In Wagenbauer-, Möbel-, Portefeuille- und sonstigen Luxusledergattungen hat sich die Belebung kräftig fortgesetzt. — Der Rohhäutemarkt hat seine Festigkeit ebenfalls beibehalten. Die Andienungen erfolgen zwar ziemlich regelmässig, aber es bleibt doch hier und da Ware liegen. Es stellt sich immer deutlicher heraus, dass an Rohhäuten kein Mangel zu erwarten ist. Man hat Mühe, das angediente Quantum regelmässig unterzubringen. Die Preise regeln sich nach den Vereinbarungen zwischen der Kriegsleder- und der Deutschen Rohhautaktiengesellschaft. In den nicht beschlagnahmten Rosshäuten ist der Absatz flott. Nur geringe Häute haben schleppenden Verkauf. Kalbfelle nehmen die süddeutschen Fabriken aus dem Markte. Auch in Schaf-, Lamm-, Ziegen-, Zickel-, Hasen- und Kaninfellen ist laufend starker Bedarf vorhanden. Bevorzugt werden davon weiter für Kürschnerzwecke geeignete Felle. Auch in Reh- und Hirschfellen räumen sich die kleinen Ansammlungen zu letzten Preisen.

Marktpreise für Salzheringe (Verkaufspreise der Importeure), festgesetzt von der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin, gültig vom 14. bis 19. Februar 1916 einschliesslich. Norwegische Fettheringe, gekehlt, für ein Fass mit etwa 100 kg netto Fischgewicht): 6—12 St. auf 1 kg à 133 M., 12—14 St. à 130 M., 14—16 St. à 128 M., 16—18 St. à 121 M., 18—20 St. à 115 M., 20—25 St. à 105 M., über 25 St. à 95 M. Norwegische Sloevollheringe, gekehlt (für ein Fass mit etwa 110 kg netto Fischgewicht): 400—500 St. in jedem Fass à 116 M., ca. 500 St. à 120 M., kleinere à 125 M., ungekehlte à 112 M. Isländer Heringe (für ein Fass mit etwa 100 kg netto Fischgewicht): ca. 350 St. in jedem Fass à 99 M., ungekehlte à 96 M. Schwedische Heringe (für ein Fass mit etwa 115 kg netto Fischgewicht): large spent ca. 1000—1300 St. in jedem Fass à 112 M., spent ca. 1500—2000 St. à 109 M., kleinere à 97 M. Holländische Vollheringe, gekehlt: Original schottische Fässer 133 M., Holländer und Zinkbandfässer 131 M. für ein Fass, schottische, halbe Fässer, 129 M., Holländer, halbe Fässer, 127 M. für zwei halbe Fässer. Die Notierungen für die norwegischen Fettheringe, norwegischen Sloevollheringe, Isländer Heringe, schwedischen Heringe, verstehen sich ab Bollwerk oder Lager Stettin oder Lübeck. Die Notierungen für die holländischen Vollheringe verstehen sich franco Waggon holländischer Station. Alle Preise sind berechnet für netto Kasse ohne Abzug für Barzahlung innerhalb drei Tagen.

✱ **Baumwollgarnpreise rheinisch-westfälischer Spinner** vom 11. Februar:

Watergarn		12er	16er	20er	24er	30er
beste Sorte	beschlagnahmefrei	347	349	352	356	362
	mit Heeresschein	164	166	169	173	179
gute Mittelsorte	beschlagnahmefrei	345	347	350	354	360
	mit Heeresschein	162	164	167	171	177
gering. Beschaffenheit	beschlagnahmefrei	343	345	348	—	—
	mit Heeresschein	160	162	165	—	—

in Pf. pro engl. Pfd. ab Spinnerei.

Warps geschlichtet		16er	20er
gute Mittelsorte	beschlagnahmefrei	359	362
	mit Heeresschein	177	180
gering. Beschaffenheit	beschlagnahmefrei	357	360
	mit Heeresschein	175	178

in Pf. pro engl. Pfd. ab Spinnerei.

Cops, amerikanisches Gespinst		12er	16er	20er	24er
beste Sorte	beschlagnahmefrei	377	379	382	386
	mit Heeresschein	177	179	182	186
gute Mittelsorte	beschlagnahmefrei	375	377	380	384
	mit Heeresschein	175	177	180	184
gering. Beschaffenheit	beschlagnahmefrei	373	375	378	—
	mit Heeresschein	173	175	178	—

in Pf. pro ½ kg ab Spinnerei.

Cops, ostindisches Gespinst	6er	8er	10er	12er
I	185	186	187½	189
II	183	184	185½	187

in Pf. pro ½ kg ab Spinnerei.

Hierzu wird uns geschrieben: Vom Garnmarkt können wieder fortgesetzte mässige Unternehmungen in Belegscheingarnen gemeldet werden. Beschlagnahmefreie Garne wurden gar nicht umgesetzt, dagegen zeigten die Verbraucher vereinzelt Neigung zu Abschlüssen, die die Lieferung nach Friedensschluss betreffen. Die Spinner verhielten sich indes gegen solche unsicheren Abschlüsse, die mit dem Vorbehalt der Wiedereinfuhr neuer Baumwolle verknüpft sind und wobei der Anhaltspunkt für den richtigen Spinnlohn fehlt, ablehnend.

London, 12. Februar. Baltiemarkt. Weizen stetig. Mais stetig.
London, 12. Februar. Kaffee stetig. 43.
Liverpool, 11. Febr. Baumwollöl raffiniert, loko 51/0. Palmöl Lagos per Januar-April 42. Schmalz prima Western 58/3 bis 58/9.
London, 11. Febr. Leinsaat. La Plata per Jan.-Febr. 75/3, Kalkutta per Jan.-Febr. 82/6.
London, 11. Februar. Rüböl engl. raff. 55/0. Baumwollöl raff. 47/0.
Hull, 11. Februar. Baumwollöl raff. 44/0. Jan.-April 44/6.
London, 12. Febr. Terpentinöl loko 48¾, per Mai-August 48. Leinöl loko 44¼, per Mai-August 46⅛. Rüböl loko —. do. p. Mai-August —.
Hull, 12. Februar. Leinöl loko 43¾, per Mai-August 45⅛.
Liverpool, 12. Febr. Baumwolle. Umsatz 4 000 Ballen. Import 10 900 Ballen, davon 700 amerikanische Baumwolle. März-April 7.83, Mai-Juni 7.79. Amerikanische und Brasilianische 1 Punkt, Aegyptische 5 Punkte höher.
New-Orleans. 12. Februar. (W. T. B.) Baumwolle middling loko 03.
New-York, 11. Februar. (Baumwolle-Wochenstatistik.)

	D. Woche Ballen	L. Woche Ballen
Zufuhren in den atl. Häfen	58 000	74 000
Zufuhren in den Golfhäfen	86 000	82 000
Zufuhren im Innern	105 000	123 000
Total-Zufuhren (diese Saison)	5 158 000	5 013 000
Ausfuhr nach England	133 000	139 000
do. do. dem Kontinent	55 000	54 000
Gesamtausfuhr (diese Saison)	3 111 000	2 911 000
Vorrat in den Häfen	1 627 000	1 725 000
Vorräte im Innern	1 178 000	1 221 000

Buenos Aires, 11. Februar. (W. T. B.) Die Weizenanfuhr war geringer als in der Vorwoche. Die Druschresultate für Weizen, Hafer und Leinsaat lauten befriedigend. Aus Zentral- und Nord-Buenos Aires, Santa Fé, Cordoba und Entrerios werden Ernteschäden für Spätmais berichtet.

	D. Woche	L. Woche
Weizen fest.		
Preis, Dollar	9,30	9,40
Verschifft wurden Tonnen	18 043	30 000
Vorrat Tonnen	65 000	45 000
Mais fest.		
Preis, Dollar	5,60	5,20
Verschifft wurden Tonnen	35 000	75 869
Vorrat Tonnen	110 000	112 000
Hafer fest.		
Preis, Dollar	5,20	5,20
Verschifft wurden Tonnen	13 965	12 000
Vorrat Tonnen	35 000	20 000
Leinsaat stetig.		
Preis, Dollar	12,70	12,70
Verschifft wurden Tonnen	26 415*	12 188§
Vorrat Tonnen	45 000	40 000

Frachtsatz unregelmässig. Für neutrale Schiffe per März-April oberen Flusshäfen 150, für britische Schiffe 130—137/6.

§) davon nach Amerika 7169 Tonnen verschifft.
*) davon nach Amerika 6037 Tonnen verschifft.